

# Bei uns in **NRW**

Ausgabe 04/2015  
www.cdu-nrw.de  
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der  
CDU Nordrhein-Westfalen*



S. 06

**Laschet trifft... einen  
Unternehmer, der  
Flüchtlinge anstellt.**



S. 17

**70 Jahre CDU in  
Nordrhein-Westfalen**

# #wirschaffendas

Deutschland steht angesichts der vielen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen in unser Land kommen, vor großen Herausforderungen. Die CDU bekennt sich zum christlichen Menschenbild und der daraus erwachsenden Verantwortung. Deshalb helfen wir Schutzsuchenden, die vor Krieg und Verfolgung aus ihrer Heimat geflüchtet sind. Wer keinen Asylanspruch hat oder kein Kriegsflüchtling ist, sondern aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommt, muss in seine Heimat zurückkehren.

Fragen und Antworten rund um die aktuelle Flüchtlingssituation haben wir für Sie in einem Flyer zusammengestellt. Er soll Ihnen helfen, die vielen Fragen von Bürgerinnen und Bürgern, die uns alle derzeit erreichen, besser beantworten zu können.

Den Flyer sowie Hinweise, wie Sie selber helfen können, finden Sie auf unserer Internetseite. Direkt ans Ziel kommen Sie, wenn Sie diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone und einer entsprechenden App scannen oder über die Adresse <http://bit.ly/Flyer-Fluechtlinge> – CDU-Mitglieder finden den Flyer als hochauflösende Druckdatei bei CDUplus.



ANZEIGE

**HOLTHOFF-PFÖRTNER**  
RECHTSANWÄLTE UND NOTARE ESSEN • BERLIN

**Für Ihre Ziele  
finden wir optimale Lösungen**

**(u.a. in unseren Schwerpunkten Arbeitsrecht, Baurecht,  
Erbrecht, Gesellschaftsrecht, Strafrecht)**

RÜTTENSCHIEDER STR. 199  
45131 ESSEN

TEL. 0201 / 79 94 200  
FAX 0201 / 79 94 222

WWW.HOLTHOFF-PFOERTNER.DER  
KANZLEI@HOLTHOFF-PFOERTNER.DE



*Liebe Leserin und Leser,*

wenn wir am Jahresende zurückblicken, schauen wir auf ein ereignisreiches und vor allem auf ein herausforderndes Jahr 2015. Auf unserem Landesparteitag im Juni haben wir unser erstes eigenes Grundsatzprogramm verabschiedet und im September unser 70-jähriges Bestehen gefeiert.

Spätestens seit dem Sommer ist die Flüchtlingssituation das bestimmende Thema in unserem Land. Niemand hat zu Beginn des Jahres damit gerechnet, dass so viele vor Krieg, Gewalt, Verfolgung und Perspektivlosigkeit fliehende Menschen zu uns nach Deutschland kommen würden. Nur durch den großartigen Einsatz tausender Freiwilliger ist es gelungen, alle Menschen unterzubringen und zu versorgen. Auf diese Leistung können wir stolz sein und dafür sind wir dankbar.

Nichtsdestotrotz ist allen bewusst, dass die Kräfte und Möglichkeiten begrenzt sind. Aus diesem Grund hat die Bundeskanzlerin von Beginn an betont, dass nur jene bei uns bleiben können, die vor Krieg und Gewalt fliehen. Alle anderen müssen unser Land wieder verlassen. Jene, die bleiben, müssen so schnell wie möglich Deutsch lernen, in den Arbeitsmarkt integriert werden oder Zugang zu Bildung erhalten. Dadurch ergeben sich auch Chancen für unsere alternde Gesellschaft.

Die Bundesregierung hat ein großes Maßnahmenpaket verabschiedet, mit dem die Herausforderungen der großen Flüchtlingszahl gemeistert werden können. Wichtig ist, dass die Landesregierung die verabredeten Maßnahmen konsequent umsetzt und die Kommunen entlastet. Darauf werden wir weiter achten und es immer wieder einfordern.

Ich bitte Sie herzlich, besonders in den Advents- und Weihnachtstagen, Ihre Herzen zu öffnen und all jene Menschen zu unterstützen, die sich im Sinne der christlichen Nächstenliebe für die Schutz- und Hilfesuchenden einsetzen. Deutschland ist ein starkes und wohlhabendes Land. Wir haben in den vergangenen 70 Jahren große Herausforderungen gemeistert und werden es auch diesmal schaffen, da bin ich mir sicher.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich fröhliche und besinnliche Advents- und Weihnachtstage und alles Gute und Gottes Segen für das neue Jahr 2016.

Herzliche Grüße

# Inhalt



6



10



22



13

## Laschet trifft

- 6 Unternehmer Paul Lütkenhaus, der in seiner Firma Flüchtlinge anstellt

## Topthema

- 10 Asyl in Deutschland: Daten, Fakten, Informationen

## CDU in NRW

- 13 Festakt zum 70. Gründungsjubiläum in Köln
- 15 Geschichten aus 70 Jahren CDU in Nordrhein-Westfalen
- 16 Kommunalwahl gibt Rückenwind für 2017
- 17 1. Tag der Vereinigungen

## Denkanstoß

- 18 Gastbeiträge von Barbara Reul-Nocke und Elmar Brok MdEP zur Flüchtlingssituation

## Im Visier

- 22 Der schlanke Fuß der SPD

## Rubriken

- 1 Editorial
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 20 12 Fragen an Ina Menzer
- 21 12 Fragen an Daniel Schranz
- 24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Festakt im AZK Königswinter

## Armin Laschet: „Norbert Blüm steht für das soziale Gewissen der Bonner Republik“



Foto: Sondermann

„Der Mensch ist wichtiger als die Sache.“ Norbert Blüm stellte diesen Satz aus der Offenburger Erklärung der CDA, den „vielleicht schönsten Programmsatz“, den er kenne, in den Mittelpunkt seiner Dankesrede. Dabei stand er im Mittelpunkt: Anfang September hatten die CDU Nordrhein-Westfalen und die CDA Deutschlands zu einem Festakt anlässlich des 80. Geburtstags ihres jeweils langjährigen Vorsitzenden Norbert Blüm geladen. Für den Veranstaltungsort hatte der Jubilar quasi selber gesorgt: Das Arbeitnehmerzentrum Königswinter war 1986 auf Blüms Betreiben hin eröffnet worden.

„Ein Phänomen“ sei Norbert Blüm, sagte Laudator Heiner Geißler, ehemaliger CDU-Generalsekretär und Bundesminister. Schließlich gebe es nicht viel, was dieser nicht könne oder wisse. Viel bewegt habe er in 16 Jahren als Bundesarbeitsminister, revolutionär sei die Einführung der Pflegeversicherung gewesen. Stets habe bei Norbert Blüm der Mensch im Mittelpunkt allen politischen Handelns ge-

standen. Armin Laschet würdigte Blüms Rolle als Landesvorsitzender der fusionierten CDU Nordrhein-Westfalen. Er habe die Grabenkämpfe zwischen Rheinland und Westfalen befriedet und die NRW-CDU politikfähig gemacht. „Sie, lieber Herr Blüm, haben mit ihrem Engagement Bemerkenswertes erreicht. Sie haben die Modernisierung an Rhein und Ruhr vorangetrieben, Sie waren Anwalt Nordrhein-Westfalens am Bonner Kabinetttisch und zugleich das soziale Gewissen der Bonner Republik. Dafür danken wir Ihnen.“

Karl-Josef Laumann, CDA-Bundesvorsitzender und stellvertretender CDU-Landesvorsitzender, würdigte Blüm als Vordenker der Sozialpolitik. Barmherzigkeit sei gut, aber Sozialpolitik brauche feste Strukturen und Rechtsansprüche: „Ich glaube, es gibt keinen lebenden Sozialpolitiker, der so für solide Strukturen eines sozialen Rechtsstaates gearbeitet hat, wie Norbert Blüm“, so Laumann. ■

Stephan Holthoff-Pförtner kommissarischer Schatzmeister der CDU Nordrhein-Westfalen

## „Eine renommierte und über Parteigrenzen hinweg anerkannte Persönlichkeit“

Nach dem Tod von Philipp Mißfelder, der im Juli im Alter von nur 35 Jahren plötzlich und unerwartet verstarb, hat der Landesvorstand der CDU Nordrhein-Westfalen Dr. Stephan Holthoff-Pförtner bis zur Wahl eines Schatzmeisters auf dem nächsten Landesparteitag mit der kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben des Landesschatzmeisters beauftragt. Holthoff-Pförtner nimmt beratend an den Sitzungen des Landesvorstands teil. Er wurde außerdem als Mitglied in die Finanzkommission des Landesverbands berufen.

Dazu der Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet: „Mit Stephan Holthoff-Pförtner hat sich eine renommierte und über Parteigrenzen hinweg anerkannte Persönlichkeit Nordrhein-Westfalens bereit erklärt, mit Rat und Tat an der Vorbereitung auf den Regierungswechsel 2017 mitzuwirken. Nordrhein-Westfalen braucht jetzt Persönlichkeiten, die über den Tellerrand schauen und dafür arbeiten, dass unser Land wieder in die Spitzengruppe der deutschen Länder geführt wird. Ich bin froh, dass er Teil unserer Teams wird und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.“ ■



Foto: Holthoff-Pförtner

## Impressum

Herausgeber:  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
www.cdu-nrw.de

V.i.S.d.P.:  
Generalsekretär Bodo Löttgen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Titelbild/Ü2: shutterstock.com – Zurijeta

Bild- und Textredaktion, Satz:  
Beate Müller-van Ißem

Autoren:  
Stephanie Feck, Isabelle Fischer,  
Beate Müller-van Ißem, Ferdinand  
Schmitz, Stephan Terhorst, Britta Weiss

Redaktionsanschrift:  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Redaktion „Bei uns in NRW“  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 02 11 - 136 00 - 0  
Fax: 02 11 - 136 00 - 15  
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu-nrw.de

Layout:  
Designbüdchen  
Inh. Patrick Dahm  
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath  
Tel.: 0160 94741537  
info@designbuedchen.com  
www.designbuedchen.com

Zukunftskonferenz mit 1.000 Mitgliedern in Wuppertal

## Mit „Geist der Zuversicht“ Herausforderungen angehen

Über ein Jahr lang haben sich vier Kommissionen mit der inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung der CDU Deutschlands befasst. Auf einer Zukunftskonferenz zur Vorbereitung des Bundesparteitags diskutierten Anfang Oktober über 1.000 CDU-Mitglieder in der Historischen Stadthalle in Wuppertal zunächst die Ergebnisse dieser Kommissionen. So hatte sich Julia Klöckner mit dem Thema „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ beschäftigt, Armin Laschet leitete die Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“, Thomas Strobl thematisierte „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ und Peter Tauber nahm mit „Meine CDU 2017“ die Parteireform in Angriff. Die Kommissionsvorsitzenden stellten die aus ihrer Arbeit resultierenden Anträge zum Bundesparteitag vor und beantworteten zahlreiche Fragen der CDU-Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung und auch der anschließenden Fragerunde stand aber die Rede von Angela Merkel. Die Parteivorsitzende widmete sich der aktuellen Flüchtlingssituation: Die Flüchtlinge, die Schutzgründe hätten, weil sie vor Krieg und Terror flüchteten, „sollen bei uns willkommen sein“, so Angela Merkel. Es kämen nicht anonyme Menschenmassen, sondern einzelne Menschen. „Jeder, der zu uns kommt, hat das Anrecht, anständig behandelt zu werden. Das muss unser Grundmaßstab sein“, führte Merkel weiter aus.



Gleichzeitig betonte sie, dass, wer aus wirtschaftlichen Gründen komme, nicht bleiben könne. Und für alle würden unsere Regeln gelten: „Diejenigen, denen wir helfen, müssen sich bei uns an Recht und Gesetz halten.“ Um die Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik zu bewältigen, brauche Deutschland einen „Geist der Zuversicht“, so Angela Merkel. Diese Aufgabe sei die „schwierigste seit der deutschen Einheit“, und Deutschland werde sie nur gemeinsam mit den internationalen Partnern und mit einer fairen Lastenverteilung innerhalb der Europäischen Union lösen können. Eine besondere internationale Aufgabe sei die Bekämpfung der Fluchtursachen. Die gesamten Prozesse bräuchten Zeit. Merkel: „Bis dahin ist das eine wahnsinnige nationale Kraftanstrengung. Deshalb danke ich allen, die vor Ort mithelfen.“ Der Vorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, betonte klar: „Das christliche Menschenbild ist und bleibt Grundlage und Markenkern dieser Partei.“ ■



Jubiläum in Hattingen-Niederwenigern

## Heinz-Theo Haske: 40 Jahre Vorsitzender der Ortsunion

Ein besonderes Jubiläum feierten Heinz-Theo Haske und der Ortsverband Hattingen-Niederwenigern in diesem Jahr: Seit 40 Jahren ist Haske Vorsitzender der Ortsunion. Der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet ließ es sich nicht nehmen, ihm persönlich zu diesem Anlass zu gratulieren und ihm für sein Jahrzehnte währendes Engagement zu danken: „Dieses Jubiläum ist etwas ganz besonderes. Ich kenne niemanden, der sich so lange für die CDU vor Ort als Vorsitzender engagiert, Wahlkämpfe und Veranstaltungen organisiert und den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Meine Glückwünsche verbinde ich mit großem Respekt und einem herzlichen Dank des gesamten Landesverbands. Wer die Union vor Ort stärkt, der stärkt sie auch im Land.“ ■



## Philipp Mißfelder

Ein couragierter Christdemokrat und engagierter Brückenbauer

\* 25.08.1979 † 13.07.2015

Foto: Sondermann

Philipp Mißfelder war 12, als er das erste Mal bei der CDU in Bochum anklopfte. Mitglied wollte er werden. Die Deutsche Einheit, die Politik Helmut Kohls hatten in ihm diesen Entschluss reifen lassen, vielleicht auch seine Opposition zu seinen linken Lehrern im Ruhrgebiet der frühen 1990er Jahre. Doch man ließ ihn nicht. Noch nicht. Er war zu jung.

Philipp ließ sich nicht abschrecken. Er kam wieder, trat mit 14 in die Junge Union, mit 16 in die CDU ein. Dieser Beginn seines außerordentlichen politischen Werdeganges ließ schon damals erahnen, welches Potential in dem jungen Mann stecken würde. Philipp Mißfelder war Herzblutpolitiker: Er wollte anpacken, gestalten, führen.

Von 2002 bis 2014 stand Philipp Mißfelder an der Spitze der Jungen Union Deutschlands. Unter seiner Ägide wuchs die JU zur größten politischen Jugendorganisation der westlichen Welt heran. Quasi im Alleingang hatte er es geschafft – wenn auch auf etwas unkonventionelle Weise – das Thema Generationengerechtigkeit in der politischen Debatte zu verankern. Mit ihm wurde die Junge Union ein relevanter Faktor im politischen Diskurs der Unionsfamilie. Und auch heute noch sagen viele seiner damaligen Mitstreiter nicht ohne Stolz, dass sie der „Generation Mißfelder“ angehören.

Philipp Mißfelder war ein außergewöhnliches politisches Talent. Seine politische Karriere war eine der Superlative. Als er 2002 Bundesvorsitzender der Jungen Union wurde, war er der Jüngste, der dieses Amt jemals angetreten hatte. Er wurde 2008 das jüngste CDU-Präsidiumsmitglied, der jüngste außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Auch als Schatzmeister unseres Landesverbandes war er der Jüngste, dem diese Aufgabe je übertragen wurde.

Sein großes Engagement hat ihn deswegen auch schon in jungen Jahren zu jemandem gemacht, auf den man hörte, der im politischen Berlin nicht nur mitschwamm, sondern etwas bewegte. Sein besonderes Interesse galt der Außenpolitik. Er stand fest an der Seite Israels und kämpfte leidenschaftlich für dessen Sicherheit und die deutsch-israelische Freundschaft. Auch der Schutz der kurdischen Minderheiten in der Türkei und dem Irak waren für ihn von besonderer Wichtigkeit. Oft ging er dafür Allianzen über die Parteigrenzen hinweg ein. Wie sein großes Vorbild Helmut Kohl war er ein überzeugter Europäer und Transatlantiker. Trotzdem warb er immer wieder auch für den Dialog mit Russland. Frieden und Stabilität, davon war er überzeugt, sind in einer komplexer werdenden Welt nur mit Russland als starkem Partner zu erreichen.

Auch als er starb, war Philipp Mißfelder jung. Zu jung. Heute, fast ein halbes Jahr nach seinem plötzlichen Tod, ist es noch immer unbegreiflich, dass er nicht mehr unter uns ist. Sein Tod macht noch immer sprachlos, fassungslos und traurig. Wie groß die Lücke ist, die er hinterlassen hat, wird mit der Zeit immer deutlicher. Wir vermissen einen Freund und Wegbegleiter.

Unsere Gedanken und Gebete sind, besonders jetzt in den Advents- und Weihnachtstagen, weiter bei seiner Frau, seinen Töchtern und seiner ganzen Familie.

Armin Laschet



*Laschet trifft...*

## **...Unternehmer Paul Lütkenhaus**

Familienunternehmer Paul Lütkenhaus führt zusammen mit seinen Töchtern Petra Böing und Nina Lütkenhaus die Unternehmensgruppe HIMMELtechnologies. Am Hauptsitz im Kreis Borken werden ca. 300 Mitarbeiter beschäftigt. Anfang September hat Lütkenhaus drei Flüchtlinge eingestellt: Naveed Ahmad Niazi aus Afghanistan, Mohammed Mohammed aus Nigeria und Said Hammadi aus Marokko. Lütkenhaus ist

begeistert von seinen neuen hochmotivierten Mitarbeitern und plant, demnächst weitere drei Flüchtlinge anzustellen. Armin Laschet hat das Familienunternehmen besucht, um von beiden Seiten zu erfahren, welche Erlebnisse sie gemacht haben, wo Schwierigkeiten und wo Chancen liegen. Auch Betriebsratsvorsitzender Holger Schulz-Gadow war bei dem Gespräch dabei.

**Herr Lütkenhaus, Sie beschäftigen drei Flüchtlinge in Ihrem Unternehmen. Wie sind Sie auf die Idee gekommen?**

**Paul Lütkenhaus:** In Gescher gibt es ein „Buntes Haus“, das von der katholischen Kirche betrieben wird und Flüchtlingen eine Anlaufstelle und Unterstützung bietet. Mein Kegelbruder Georg Geiser, der übrigens auch im Vorstand der CDU im Ort engagiert ist, bringt dort Flüchtlingen Deutsch bei. Er sprach mich an, ob man nicht einige Flüchtlinge direkt in Arbeit bringen könne. Ich war sofort dafür.



**Sie sind seit 40 Jahren Christdemokrat. Gibt es eine innere Motivation für dieses Engagement?**

**Paul Lütkenhaus:** Ja, natürlich. Man möchte in dieser Situation helfen. Deshalb haben wir gesagt: Lass es uns versuchen. Wir sind ohnehin regelmäßig auf der Suche nach neuen Mitarbeitern. Und auch unser Betriebsratsvorsitzender Holger Schulz-Gadow, der ebenfalls im Vorstand der CDU engagiert ist und dessen Frau auch Deutschkurse für Flüchtlinge anbietet, war direkt einverstanden.

**Welche Voraussetzungen mussten geschaffen werden? Gab es am Anfang Schwierigkeiten mit den Behörden?**

**Nina Lütkenhaus:** Es zog sich recht lange. Die Zuständigkeiten waren am Anfang unklar. Doch wir haben uns dahinter geklemmt und Druck gemacht. Dadurch ging es am Ende dann etwas schneller und sie haben eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir wollten die Flüchtlinge aber nicht so lange warten lassen. Deshalb haben sie zunächst ein Praktikum absolviert. Da sie ohne Arbeitserlaubnis kein Geld verdienen durften, mussten wir uns etwas anderes ausdenken. Wir haben das Problem dann mit Gutscheinen für den örtlichen Lebensmittelmarkt gelöst. Ein Problem ist die Vorrangprüfung. Man muss eine Stelle normalerweise ein halbes Jahr ausschreiben, bevor man einen Flüchtling einstellen kann. Das ist utopisch und macht keinen Sinn. Zum Glück konnte es so geregelt werden, dass die Arbeitsagentur die Stelle nicht so lange ausgeschrieben hat.

**Welche Schwierigkeiten und Herausforderungen, beispielsweise im Hinblick auf sprachliche oder kulturelle Unterschiede, gilt es zu meistern?**

**Paul Lütkenhaus:** Da gibt es keinerlei Schwierigkeiten. Die drei sind bis in die Haarspitzen motiviert und sehr umgänglich.

**Wie stehen Ihre Mitarbeiter dazu, dass Sie Flüchtlinge beschäftigen?**

**Holger Schulz-Gadow:** Unsere Belegschaft steht voll und ganz dahinter. Es ist ja auch nicht so, dass die Flüchtlinge als „billige Arbeitskräfte“ den anderen Mitarbeitern Konkurrenz machen würden. Wir sind tarifgebunden, deshalb bekommen sie einen ganz normalen Lohn. Und da wir stetig wachsen, sind wir immer auf der Suche nach Mitarbeitern.

**Gescher ist ein kleiner Ort, man kennt sich. Was sagen Ihre Freunde, Nachbarn und Mitstreiter im CDU-Stadtverband zu Ihrem Engagement?**

**Paul Lütkenhaus:** Alle finden die Idee gut. Im CDU-Stadtverband gibt es natürlich auch sorgenvolle Stimmen wegen der großen Zahl der Flüchtlinge. Aber dass man die, die da sind und bleiben, schnell integrieren muss, darüber sind sich alle einig. Und viele Mitglieder aus dem CDU-Stadtverband engagieren sich zum Beispiel als Deutschlehrer.

**Holger Schulz-Gadow:** Und natürlich ist es auch für die Stadt ein Gewinn. Sobald Flüchtlinge ein eigenes Gehalt haben, verursachen sie keine Kosten mehr.

**Welche Chancen sehen Sie darin, Flüchtlinge zu beschäftigen?**

**Paul Lütkenhaus:** Im Münsterland herrscht quasi Vollbeschäftigung. Es ist extrem schwierig, gute und vor allem motivierte Leute zu finden. Die Flüchtlinge sind extrem motiviert. Sie wollen nicht rumsitzen und warten, sondern etwas tun und eine Perspektive haben.



**Können Sie anderen Unternehmern, die möglicherweise auch bereit sind, sich zu engagieren, einen Tipp geben?**

**Paul Lütkenhaus:** Ich kann nur jedem raten, dasselbe zu tun. Wenn es nicht klappt, kann man sich ja wieder von den Flüchtlingen als Arbeitnehmer trennen. Meine bisherigen Erfahrungen sind überaus positiv, so dass ich demnächst drei weitere Flüchtlinge einstellen werde.



**Wann und warum sind Sie nach Deutschland gekommen? Was waren die Ursachen Ihrer Flucht?**

**Naveed Ahmad Niazi:** Ich bin seit 2013 in Deutschland. In Afghanistan bekämpfen sich viele unterschiedliche Gruppen, es ist sehr gefährlich dort. Ich habe für die Bundeswehr und die NATO gearbeitet. Deshalb haben die Taliban mich bedroht und meinen Bruder, der auch für die Bundeswehr gearbeitet hat, aus unserem Heimatdorf vertrieben. Vor einigen Wochen wurde er angegriffen und schwer verletzt. Ich fühle mich dort nicht sicher.

**Mohammed Mohammed:** Ich bin vor der Gewalt der Boko Haram im Nordosten Nigerias geflohen. In einem LKW bin ich quer durch die Wüste nach Libyen gefahren und von dort in einem Boot über das Mittelmeer nach Italien geflohen. Seit einem Jahr bin ich nun in Deutschland.

**Said Hammadi:** Ich habe die letzten Jahre in Libyen gelebt. Doch durch den Krieg und die Gewalt ist es dort extrem unsicher, deshalb bin ich über das Mittelmeer nach Europa geflohen. Seit letztem Jahr bin ich in Deutschland.

**Sind Sie alle drei als Flüchtlinge anerkannt?**

**Naveed Ahmad Niazi:** Ich hatte bisher als einziger einen Anhörungstermin. Nun warte ich auf eine Antwort.

**Nina Lütkenhaus:** Alle drei sind noch nicht anerkannt. Arbeiten darf man drei Monate nachdem man den Asylantrag gestellt hat. Doch durch die Vorrangprüfung ist es praktisch unmöglich, direkt eine Anstellung zu bekommen. Und die bürokratischen Hürden halten viele Unternehmer zusätzlich ab.

**Deutsch haben Sie sehr schnell gelernt, wie ich höre!**

**Naveed Ahmad Niazi:** Ich habe bereits bei der Bundeswehr etwas Deutsch gelernt. Aber als ich hierhin gekommen bin, habe ich auch direkt einen Deutschlehrer gesucht, um es noch besser zu lernen. Es ist nicht einfach. Ich muss immer überlegen zwischen Nominativ, Akkusativ, Dativ, Genitiv.

**Said Hammadi:** Meine Muttersprache ist Arabisch, aber ich kann auch Französisch. Das hat es wegen der Schrift leichter gemacht.

**Das ist natürlich auch für das Unternehmen ein möglicher Gewinn, wenn man mehrsprachige Mitarbeiter gewinnt.**

**Paul Lütkenhaus:** Absolut. Wenn sie noch etwas besser Deutsch sprechen, kann man sie im Kontakt zu ausländischen Kunden einsetzen.

**Fühlen Sie sich in Gescher wohl? Was machen Sie am Feierabend und am Wochenende?**

**Naveed Ahmad Niazi:** Wir fühlen uns sehr wohl. Die Menschen sind sehr sympathisch und freundlich. Am Feierabend treffen wir uns und unterhalten uns. Am Wochenende gehen wir zum Beispiel in die Disko.

**Was haben Sie weiter vor im Leben?**

**Mohammed Mohammed:** Ich möchte eine Ausbildung zum Elektriker machen.

**Naveed Ahmad Niazi:** Ich möchte erstmal eine Ausbildung als Elektroantriebstechniker beginnen und vielleicht irgendwann studieren.

**Said Hammadi:** Auch ich möchte gerne eine Ausbildung machen und in Deutschland arbeiten.

**Was sagen sie dazu, dass so viele Menschen nach Deutschland kommen.**

**Mohammed Mohammed:** Es ist sehr schwer für Deutschland. Man braucht viele Wohnungen und es kostet viel Geld.

**Lieber Herr Lütkenhaus, liebe Frau Lütkenhaus, meine Herren, haben Sie vielen Dank für dieses spannende Gespräch und dafür, dass Sie Ihre Erfahrungen mit uns teilen.**



**Wir schaffen das! Daran helfen mit, v.l.n.r.:**  
Holger Schulz-Gadow, Paul Lütkenhaus, Armin Laschet, Nina Lütkenhaus, Said Hammadi, Mohammed Mohammed, Naveed Ahmed Niazi.

Asyl in Deutschland

# Daten, Fakten, Informationen



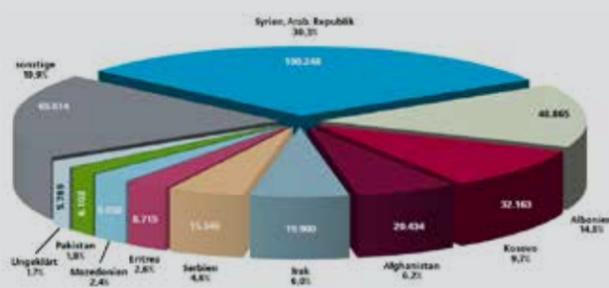
Grafik: Konrad-Adenauer-Stiftung

**Krieg, Gewalt und Verfolgung, aber auch wirtschaftliche Not und Perspektivlosigkeit bringen Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Es ist eine humanitäre Pflicht und ein Gebot der christlichen Nächstenliebe, Verfolgten und Kriegsflüchtlingen Schutz zu geben und ihnen zu helfen.**

### Artikel 16a Abs. 1 unseres Grundgesetzes lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Asyl ist ein Grundrecht, das individuell gewährt wird. Es ist nicht verhandelbar und kennt keine Obergrenze. Wer aus politischen Gründen oder auf Grund seiner Rasse, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt wird, erhält in Deutschland Schutz. Von den zwischen Januar und Oktober 2015 abgeschlossenen Verfahren haben nur 0,8 Prozent der Antragsteller Asyl gewährt bekommen. In der Genfer Flüchtlingskonvention ist der Begriff der Verfolgung weiter gefasst: Auch Krieg und Gewalt werden als Gründe anerkannt, Menschen nicht in ihre Heimat zurückzuschicken. Von den bis Ende Oktober 2015 bearbeiteten Asylanträgen wurde 39,7 Prozent der Antragsteller der Flüchtlingsstatus gewährt. Am Ende von 37,9 Prozent der zwischen Januar und Oktober 2015 abgeschlossenen Verfahren stand eine Ablehnung. Für 20,9 Prozent ist nicht Deutschland, sondern ein anderes EU-Mitgliedsland zuständig. Diese Asylbewerber werden dorthin überführt. Asylbewerber müssen sich zunächst in einer Zentralen Aufnahmeeinrichtung (Landesbehörde) als Asylbewerber registrieren. Anschließend müssen sie beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Asylantrag stellen. Aufgrund des hohen Flüchtlingszustroms konnten bis Ende Oktober erst ca. 360.000 Menschen einen Asylantrag stellen, obwohl die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland bis Jahresende etwa bei 800.000 liegen wird.

### Woher kommen die Flüchtlinge, die in Deutschland einen Erstantrag auf Asyl stellen?

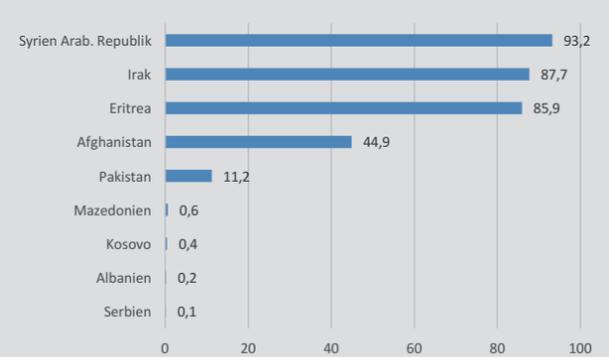


Hauptherkunftsländer der Erstantragsteller in Deutschland in 2015 (Quelle: BAMF)

### Wer kommt?

Etwa 50 Prozent der Asylbewerber sind zwischen 18 und 25 Jahren; gut 30 Prozent sind minderjährig. Knapp ein Drittel der Asylbewerber sind weiblich, über zwei Drittel sind männlich.

### Wem wird aktuell der Flüchtlingsstatus gewährt?



Gesamtzuschussquote (Anteil aller Asylanerkennungen, Gewähnungen von Flüchtlingsschutz und Feststellungen eines Abschiebeverbotes) in Prozent der gestellten Asylanträge (Quelle: eigene Darstellung nach Daten des BAMF)

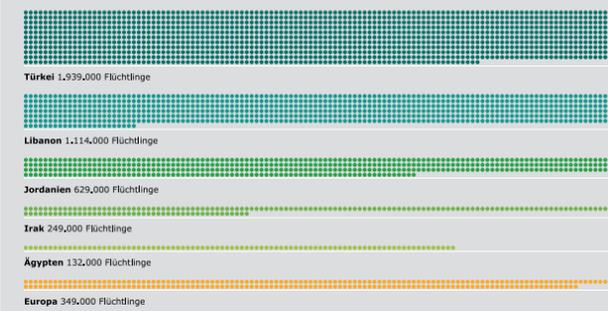
### Warum brauchen die Anträge so lange?

Da 2008 nur knapp 30.000 Asylanträge in Deutschland gestellt wurden, hat man die Zahl der Mitarbeiter im BAMF reduziert. Anfang des Jahres waren dort 2.800 Menschen beschäftigt. Mittlerweile wurde die Zahl auf 3.200 erhöht. Sie soll zeitnah auf 6.300 weiter steigen. Durch Vereinfachungen und die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsländer werden die Verfahren zudem deutlich beschleunigt.

### Wieso wollen alle nach Deutschland?

Deutschland bietet politische und wirtschaftliche Stärke sowie eine gute Arbeitsmarktlage. Zudem werden Flüchtlinge bei uns menschenwürdig behandelt. Deshalb ist Deutschland ein attraktives Land für Schutzsuchende. In Europa nimmt Deutschland die meisten Flüchtlinge auf. Es gibt jedoch auch ärmere Länder, wie den Libanon, die Türkei oder Jordanien, die eine weit größere Last tragen.

### Aufnahme von syrischen Flüchtlingen seit 2011



Quelle: UNHCR, Grafik: Konrad-Adenauer-Stiftung

### Warum funktioniert Dublin nicht?

Die Dublin-III-Verordnung sieht vor, dass ein Asylbewerber dort sein Verfahren durchlaufen muss, wo er das erste Mal EU-Boden betreten hat. Stellt ein Land fest, dass ein Asylantrag in einem anderen Mitgliedstaat zu bearbeiten ist, wird ein Übernahmehersuchen an den betreffenden Mitgliedstaat gerichtet. Wird die Überstellung nicht binnen sechs Monaten durchgeführt, geht die Zuständigkeit für das Verfahren an den Mitgliedstaat über, der um Übernahme ersucht hat. Da die allermeisten Asylbewerber in Griechenland zum ersten Mal europäischen Boden betreten, müssten sie dorthin zurückgeschickt werden. Dort ist das Asylsystem jedoch völlig kollabiert, deshalb hat das Bundesinnenministerium entschieden, Asylbewerber nicht dorthin zurückzuschicken.

### Wie lange dürfen Asylbewerber bleiben?

Wer Asyl gewährt bekommen hat oder als Kriegsflüchtling anerkannt wurde, darf zunächst für drei Jahre in Deutschland bleiben. Danach wird aufgrund der Lage im Herkunftsland neu entschieden.

### Wieso sind die Kapazitäten so knapp?

Anfang der 1990er Jahre gab es auf Grund der Bürgerkriege auf dem Balkan schon einmal eine große Flüchtlingswelle. Im Jahr 1992 stellten über 400.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland. Damals hatten wir parallel die große Aufgabe der Wiedervereinigung zu meistern. Nach Abklingen der Flüchtlingswelle Anfang der 2000er Jahre wurden die Aufnahmekapazitäten reduziert und das Personal in den zuständigen Ämtern und Behörden abgebaut. Jetzt müssen sie wieder aufgestockt werden. Dies ist vor allem für die Länder und Kommunen eine große Herausforderung.

### Wann wird abgeschoben?

Bei Ablehnung eines Asylantrags muss der Antragsteller innerhalb von vier Wochen ausreisen. Wer die Frist verstreichen lässt und keine Rechtsmittel einlegt, kann abgeschoben werden. Gegen ihn wird dann eine Wiedereinreiseperrre verhängt. Seit Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes sollen Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden, die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt sich über diese Regelung hinweg und kündigt Abschiebungen weiter an.

### Sie möchten noch mehr wissen?



In einer Broschüre mit dem Titel „Zielland Deutschland“ hat die Konrad-Adenauer-Stiftung zahlreiche weitere Hintergründe, Zahlen und Fakten zusammen-

gefasst und aufbereitet – denn eine gesellschaftliche Debatte braucht informierte Bürger.

Sie finden die Broschüre auf der Internetseite der Adenauer-Stiftung unter [www.kas.de](http://www.kas.de) oder können sie über [bestellung@kas.de](mailto:bestellung@kas.de) beziehen.

Unsere Polizei ist da,  
damit wir uns sicher fühlen.

Respekt & Anerkennung  
für unsere

**POLIZEI**

Eine Initiative der



**LANDTAG** aktuell

AKTUELLE INFORMATIONEN, NACHRICHTEN UND ANTRÄGE



Zu Besuch bei der  
CDU-Landtags-  
fraktion: Flüchtlinge  
aus dem Raum  
Ostwestfalen-Lippe.

FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND

## Erste Begegnung mit der demokratischen Leitkultur in Deutschland

**A**ngesichts zehntausender Menschen, die in diesen Wochen und Monaten Schutz in Deutschland suchen, dominiert das Thema „Flüchtlinge“ weiterhin die politische Agenda. Die Bilder der vielen Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen, gehen um die Welt und berühren die Bürger in unserem Land. Um die Herausforderung der Aufnahme und Integration zu bewältigen, braucht es ein entschlossenes und geordnetes Vorgehen der Politik auf allen Ebenen.

Damit Politik nicht nur über, sondern auch mit den Flüchtlingen ins Gespräch kommt, besuchten auf Initiative des Lipper CDU-Landtagsabgeordneten Walter Kern syrische Bürgerkriegsflüchtlinge und Flüchtlinge aus anderen Ländern den Landtag in Düsseldorf. Nach ihrem Besuch einer Plenarsitzung empfing CDU-Fraktionschef Armin Laschet die Besucherinnen und Besucher zum Gespräch.

„Ich habe mich sehr darüber gefreut, diese jungen Menschen aus den verschiedensten Ländern der Welt hier im Landtag begrüßen zu dürfen“, so Laschet. „Es ist ein guter erster Schritt zum Kennenlernen der demokratischen Leitkultur unseres Landes, das nordrhein-westfälische Landesparlament zu besuchen. Hier können sie Demokratie in Aktion erleben. Es ist wichtig, dass die Menschen, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen, möglichst schnell die Werte und Regeln unserer Gesellschaft und die Grundlagen unserer politischen Ordnung kennenlernen.“

Die Flüchtlinge werden von der katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul in Bartrup (Kreis Lippe) betreut und nehmen an einem von der Pfarrgemeinde organisierten Deutsch-Kurs teil. Der Besuch des nordrhein-westfälischen Landtags war für viele die erste direkte Begegnung mit der deutschen Politik.

**LANDTAG aktuell:**  
Unter dieser Marke  
berichtet die CDU-  
Landtagsfraktion  
regelmäßig über ihre  
politischen Vorha-  
ben und Aktivitäten.



André Kuper,  
stellvertretender  
Vorsitzender



Ralf Nettelstroth,  
kommunal-  
politischer  
Sprecher

FLÜCHTLINGSKRISE

# In der Flüchtlingspolitik fehlt der Landesregierung der Kompass

Die aktuellen Flüchtlingszahlen stellen alle staatlichen Ebenen vor immense Herausforderungen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist die Situation in den Städten, Gemeinden und Kreisen Nordrhein-Westfalens jedoch besonders schwierig. Dafür trägt die rot-grüne Landesregierung mit ihrer chaotischen Flüchtlingspolitik die Hauptverantwortung.

Ziel der Politik muss es sein, die Asylbewerberzahlen deutlich zu reduzieren, Asylverfahren zu beschleunigen, abgelehnte Asylbewerber konsequent zurückzuführen sowie die Flüchtlinge, die dauerhaft hier bleiben werden, schnell zu integrieren. Damit dies gelingen kann, muss auch die rot-grüne Landesregierung in ihrem Verantwortungsbereich handeln. Sie muss die Beschlüsse von Bund und Ländern konsequent umsetzen und die vom Bund bereitgestellten Mittel zur Erstattung der Flüchtlingskosten vollständig an die Kommunen weiterleiten. Das Land muss seinen Teil zur Lösung des Problems beitragen, indem auch in Nordrhein-Westfalen konsequent zurückgeführt wird, die finanziellen Anreize für



Armin Laschet im Plenum zur Flüchtlingskrise

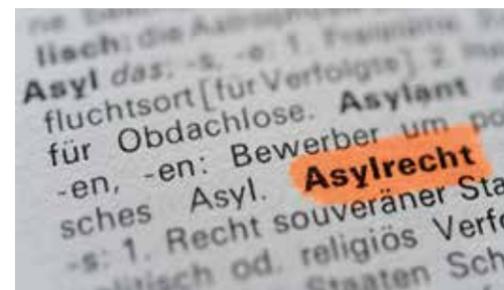
unberechtigte Asylanträge vermindert und Asylbewerber ohne Bleibeperspektive nicht auf die Kommunen verteilt werden. Für all das ist die Landesregierung zuständig und verantwortlich.

### Rot-Grün lehnt Unterscheidung nach Bleibeperspektive weiter ab

Die Landesregierung versagt aber bereits bei der Grundausrichtung ihrer Flüchtlingspolitik. Ein politisches Konzept für eine geregelte Erstaufnahme liegt immer noch nicht vor. Bis heute ist es Rot-Grün nicht gelungen, die bereits auf dem Bund-Länder-Gipfel vom Juni beschlossene Neuorganisation der Aufnahme und Rückführung von Asylbewerbern umzusetzen. Von Beginn an müsste es hier eine klare Differenzierung zwischen Flüchtlingen mit und Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive geben. Flüchtlinge aus Syrien und anderen Bürgerkriegsgebieten, die vermutlich langfristig in Deutschland bleiben werden, müssen möglichst schnell in die Kommunen verteilt werden, damit ihre Integration hier beginnen kann. Gleichzeitig müssen Asylbewerber ohne Bleibeperspektive während des gesamten Asylverfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und bei Ablehnung ihres Antrags von dort aus direkt in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Dies alles hat Rot-Grün bis heute nicht umgesetzt.

### Rot-Grün schiebt Aufgabe der Erstaufnahme auf Kommunen ab

Stattdessen zwingt Rot-Grün die nordrhein-westfälischen Kommunen weiterhin per Amtshilfeersuchen, Erstaufnahmeplätze bereitzustellen, die eigentlich das Land schaffen müsste. Wegen des schleppenden Ausbaus an Platzkapazitäten in den Landesaufnahmeeinrichtungen kann das Land nur dank des Engagements der Kommunen Flüchtlingen überhaupt noch



Der Bund hat die umfassendste Änderung des Asylrechts seit über 20 Jahren beschlossen.

Obdach gewähren. Seit Mitte Juli wälzt die Landesregierung die Aufgabe der Erstaufnahme auf die Kommunen ab, die meist innerhalb weniger Stunden Notunterkünfte für hunderte Flüchtlinge schaffen müssen. Diese Delegation der Erstaufnahme an die Kommunen ist der wesentliche Grund, warum die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit gelangt sind.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Kommunen nicht weiter organisatorisch und finanziell im Stich lässt, sondern sich ihrer Verantwortung stellt und die Organisation der Erstaufnahme wieder vollständig übernimmt. Dazu gehört es, vor allem die regulären Plätze in den Landeseinrichtungen deutlich und zügig auszubauen. An der nun von der Bundesregierung beschlossenen Einführung von dezentralen „Registrierungszentren“ sollte sich auch Nordrhein-Westfalen mit mindestens einem Zentrum beteiligen. Hier könnten die Anträge von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive und solchen mit Folgeanträgen und Wiedereinreiseperrern im Schellverfahren durchgeführt werden. Da in den Registrierungszentren eine auf den jeweiligen Landkreis bezogene Residenzpflicht besteht, könnten abgelehnte Asylbewerber, z.B. aus den Demokratien des Balkans, von dort aus auch direkt in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

### Rot-Grün konterkariert Beschlüsse von Bund und Ländern

Bund und Länder betonen angesichts der aktuellen Herausforderungen, dass sie in einer Verantwortungsgemeinschaft stehen. Zu dieser Verantwortungsgemeinschaft gehört es aber auch, dass sich die Länder an einmal verabschiedete Beschlüsse halten und sie auch umsetzen.

Indem sich die Landesregierung aber weigert, zentrale Maßnahmen der von Bund und Ländern gemeinsam verabschiedeten Asylrechtsreform umzusetzen, verlässt sie diese Verantwortungsgemeinschaft, sorgt für Verwirrung und konterkariert die notwendigen Schritte zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Rot-Grün lehnt es ab, Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen künftig nur noch über Sachleistungen statt Bargeld zu versorgen. Auch die Unterbringung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive in Erstaufnahmeeinrichtungen für die gesamte Dauer des Asylverfahrens wird abgelehnt. Ebenso soll von der Möglichkeit, Rückführungen ausreisepflichtiger Asylbewerber ohne vorherige Ankündigung durchzuführen, in Nordrhein-Westfalen kein Gebrauch gemacht



Die rot-grüne Landesregierung trägt für die chaotische Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen die Hauptverantwortung.

werden. Dies widerspricht jedoch der Zielrichtung der Asylrechtsreform, das Untertauchen abgelehnter Asylbewerber zu verhindern und diese schnell in ihre Heimat zurückzuführen. Kontraproduktiv sind in diesem Rahmen auch Erlasse der Landesregierung, die darauf abzielen, im Nachgang zu bestandskräftig festgestellten Ausreiseverpflichtungen noch einmal in Einzelfallprüfungen einzutreten. Erlasse und Verordnungen, die zusätzliche Bürokratie aufbauen und Rückführungen ohne stichhaltige Gründe verhindern, müssen von Rot-Grün zurückgenommen werden.

Der Landesregierung fehlt in der Flüchtlingspolitik offensichtlich der Kompass. So kann es nicht weitergehen. Wir appellieren deshalb an die Regierung Kraft, sich zur Verantwortungsgemeinschaft von Bund und Ländern zu bekennen und endlich ihren Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zu leisten.

INFRASTRUKTUR

# Schneller, besser und langfristig günstiger: Öffentlich-Private Partnerschaften

Die Aktivierung privaten Kapitals für den Infrastrukturausbau wird von der rot-grünen Landesregierung seit Jahren abgelehnt. Dabei bieten Öffentlich-Private Partnerschaften gerade für das Industrieland Nordrhein-Westfalen große Chancen. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Vossemer, stellt in Landtag Aktuell die wichtigsten Fragen und Antworten zum Thema „ÖPP“ vor und räumt dabei mit so manchen Vorurteilen auf.

## Warum benötigen wir Öffentlich-Private Partnerschaften?

Der zunehmende Verschleiß der Verkehrsinfrastruktur gefährdet den Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalen. Verkehrspolitik ist deshalb auch Wirtschaftspolitik. Es gibt große Defizite beim Autobahnausbau, insbesondere bei Lückenschlüssen und beim Ausbau von sogenannten Nadelöhren. Der dafür verantwortliche Investitions- und Sanierungsstau kann ohne Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) aber nicht überwunden werden. ÖPP-Projekte sollen dabei nicht die konventionelle Finanzierung und den Bau von Bundesfernstraßen ersetzen, sondern lediglich sinnvoll ergänzen.

## Welche Vorteile haben Öffentlich-Private Partnerschaften?

Das privat zur Verfügung gestellte Kapital entlastet erstens die öffentlichen Haushalte, ermöglicht zweitens einen zügigen Baubeginn und schafft drittens Anreize für eine effiziente Projektabwicklung. Ausufernde Kosten und langwierige Bauzeiten können dadurch vermieden werden. Bisher konnte jede als ÖPP gebaute Straße vor dem geplanten Termin für den Verkehr frei gegeben werden. Dadurch helfen ÖPP-Modelle an maßgeblichen Stellen unseres Straßennetzes dabei, Staus zu verhindern und volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden. Fachleute haben längst bestätigt, dass die langen Vertragslaufzeiten eine dauerhaft hohe Qualität sichern und für einen Innovationsanreiz bei Bau, Erhaltung und Betrieb sorgen. Auch haben Experten mit Negativ-Mythen über ÖPP-Projekte aufgeräumt: ÖPP-Projekte sind weder mittelstandsfeindlich noch teuer, sie sind auch nicht intransparent, sondern werden im Bundeshaushalt ausgewiesen.



Klaus Vossemer, verkehrspolitischer Sprecher

## Wie stehen SPD und Grüne zu ÖPP-Projekten?

ÖPP ist eigentlich keine Frage der politischen Farbenlehre mehr. Eines der größten Straßen-Infrastrukturprojekte Deutschlands wird zurzeit von den Rot-Grün regierten Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein in öffentlich-privater Zusammenarbeit durchgeführt. Die Erweiterung der A 7 zwischen Hamburg und Bordesholm in Schleswig-Holstein auf sechs und acht Fahrstreifen auf einer Länge von 65 Kilometern wird in nur vier Jahren fertig gestellt und hat damit Pilotcharakter für ganz Deutschland.

## Was sagt die nordrhein-westfälische Landesregierung zu ÖPP?

Rot-Grün weigert sich seit Regierungsantritt im Jahr 2010, ÖPP als ergänzendes Modell zu konventioneller Finanzierung zu akzeptieren. So wurden über fünf Jahre wertvolle Planungszeit vergeudet. Die daraus folgenden Staus haben einen volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet, der in die Millionen geht. Im Mai 2015 hat Verkehrsminister Groschek ÖPP-Projekte erstmals öffentlich in Erwägung gezogen, aber seither nichts Konkretes getan. Auch in der Plenardebatte vom 5. November 2015 konnte sich Groschek nicht zu einem klaren Bekenntnis zu ÖPP durchringen.

## Was ist in Nordrhein-Westfalen jetzt zu tun?

Die Weigerung der rot-grünen Landesregierung, das seit 2011 bestehende Angebot des Bundes anzunehmen, den sechsspürigen Ausbau der A 1 von der Anschlussstelle Münster-Nord bis zum Autobahnkreuz Lotte/Osnabrück durch ein ÖPP-Modell zu finanzieren, muss unverzüglich enden. Dieser Abschnitt gehört mit einem hohen LKW-Anteil zu den am stärksten belasteten Strecken in Nordrhein-Westfalen. Das Geld ist da, aber Rot-Grün blockiert den Baubeginn. Was SPD und Grüne in Hamburg und Schleswig-Holstein können, sollte auch in Nordrhein-Westfalen möglich sein. Auf einer ÖPP-Projektliste des Bundes ist für Nordrhein-Westfalen der Ausbau der 31 Kilometer langen A57-Strecke von Köln nach Moers mit rund 400 Millionen Euro bedacht. Auch hier weigert sich Verkehrsminister Groschek, das Angebot des Bundes anzunehmen. Die Regierung Kraft muss endlich damit aufhören, bereitstehende Bundesmittel aus ideologischen Gründen nicht abzurufen.





Petra Vogt,  
schulpolitische  
Sprecherin



Klaus Kaiser,  
stellvertretender  
Vorsitzender



Ein wichtiger Schritt für die Integration ist der gemeinsame Schulunterricht.

SCHULPOLITIK

## Die rot-grünen Großbaustellen in der Schule

### Kein Konzept für den Schulbesuch von Flüchtlingskindern

Die Schulen in Nordrhein-Westfalen benötigen angesichts der zunehmenden Zahl von schulpflichtigen Flüchtlingen dringend Unterstützung. Das Handeln der Landesregierung zur Bewältigung dieser großen Herausforderung ist bisher jedoch durch zielloses Improvisieren gekennzeichnet. Damit werden die Schulen bei dieser wichtigen Integrationsaufgabe allein gelassen. Es fehlt auf allen Ebenen an notwendigen Unterstützungsmaßnahmen. Die Landesregierung muss endlich ein Gesamtkonzept für die Beschulung von Flüchtlingskindern vorlegen. Nur so bekommen die Schulen die nötige Planungssicherheit, um den Unterricht im Sinne der zu uns kommenden Kinder und Jugend-

lichen gestalten zu können. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollte ein solches Konzept vor allem folgende Maßnahmen enthalten: Eine ausreichende Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern, die „Deutsch als Zweitsprache“ unterrichten können. Dabei sollten auch pensionierte Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer für ein Engagement gewonnen werden. Ein schneller Schulbeginn einschließlich des Ganztagsangebots muss unmittelbar nach der Zuweisung an die Kommunen gewährleistet werden. Bereits vor diesem Schritt müssen die Potentiale der Kinder und Jugendlichen festgestellt werden, um ihnen eine entsprechende Schullaufbahn an den für sie geeignetsten Schulen zu ermöglichen. Weitere wichtige Bildungsaspekte sind die Wertevermittlung und

das Kennenlernen demokratischer Grundprinzipien im Sinne des Grundgesetzes. Das Verständnis für unsere christlich-abendländisch-jüdische Kultur ist eine wichtige Bedingung für die Integration in unsere Gesellschaft. Auch bei der Erfüllung dieser Aufgabe müssen die Schulen adäquat unterstützt werden.

### Inklusion nach dem Prinzip „Augen zu und durch“

Mit Blick auf die Umsetzung der Inklusion von Schulkindern mit Behinderung fühlen sich die Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen nicht gut vorbereitet. Dies hat Überforderungen und Stress zur Folge. Schulministerin Löhrmann hat sich zudem geweigert, Qualitätsstandards für die inklusive Beschulung zu definieren. Der Verlust von Unterrichtsqualität ist damit vorprogrammiert. Obwohl die pädagogischen Herausforderungen der Inklusion allenthalben kontrovers diskutiert werden, verfährt Frau Löhrmann weiter nach dem Prinzip „Augen zu und durch.“ Maßnahmen werden konzeptlos umgesetzt, Schnelligkeit geht der Landesregierung offensichtlich vor Gründlichkeit. Damit ist weder den betroffenen Kindern und Eltern noch den Schulen im Land geholfen. Die Inklusion wird so vor die Wand gefahren.

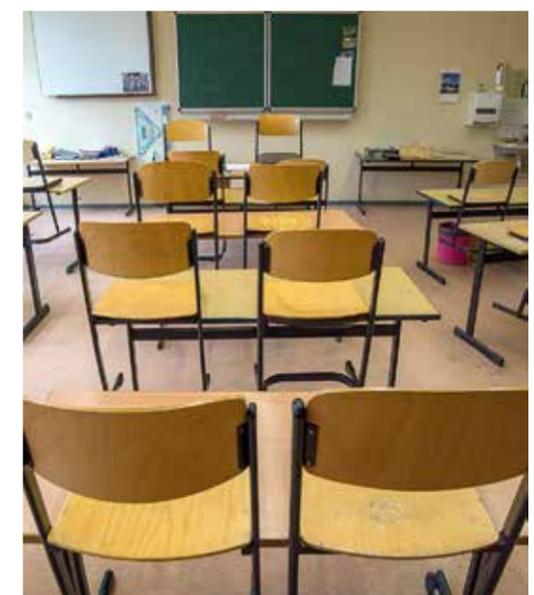
### Hinnahme und Verschleierung des Unterrichtsausfalls

Eltern möchten wissen, ob in den Schulen auch der Unterricht stattfindet, der ihren Kindern zusteht und ihnen den Weg in eine erfolgreiche Bildungslaufbahn ermöglicht. Im März 2014 hat Frau Löhrmann erstmals in ihrer Amtszeit eine Statistik zum Unterrichtsausfall vorgelegt. Die Reaktion vor allem bei den Eltern war ungläubiges Erstaunen. Die vorgestellten Zahlen (nur 1,7 Prozent Unterrichtsausfall) entsprachen nicht den Erfahrungen, die die Eltern ihrer eigenen Auskunft nach landesweit mit ausfallendem Unterricht machen. Mangelnde Transparenz zeigte sich auch im August 2015: Der Landesrechnungshof bemängelte einen strukturellen Unterrichtsausfall, der seit Jahren besteht. So fehlen z.B. an jedem Gymnasium in Nordrhein-Westfalen im Schnitt zwei Lehrerstellen mit 50 wöchentlichen Unterrichtsstunden. Die CDU-Fraktion fordert von der Landesregierung deshalb die schulscharfe digitale Erfassung des

Unterrichtsausfalls und eine bessere Steuerung der Erfüllung des Pflichtunterrichts durch die Landesschulaufsicht.

### Schulleitermangel in Nordrhein-Westfalen

745 Schulen in Nordrhein-Westfalen verfügen zurzeit nicht über eine Rektorin oder einen Rektor. Damit ist jede siebte Schulleiterstelle unbesetzt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, für den die rot-grüne Landesregierung die Verantwortung trägt. Die Anforderungen an die Schulleitungen werden immer größer. Sie sind verantwortlich für die Qualitätsentwicklung an ihren Schulen. Obwohl das Aufgabenspektrum unserer Schulleitungen regelmäßig erweitert wird, weigert sich die Schulministerin, potenzielle Rektorinnen und Rektoren angemessen zu entlohnen und die Stellen attraktiver zu machen. Anspruch und Wirklichkeit der rot-grünen Schulpolitik klaffen hier wieder einmal meilenweit auseinander. Die CDU-Fraktion hat mit ihren Vorschlägen zur Verwendung eines Teils der Mittel, die mit der vollständigen Übernahme der BAföG-Finanzierung durch den Bund freigeworden sind, frühzeitig einen Vorschlag zur Verbesserung der Situation gemacht. Wir wollen mit jährlich 10 Mio. Euro die Attraktivität der Leitungsstellen an den Grundschulen durch eine angemessene Anhebung der Besoldung erhöhen. Das hat die Landesregierung abgelehnt. Die BAföG-Mittel sind im Haushalt versickert.



### LANDESREGIERUNG VERSAGT IN DER SCHULPOLITIK:

67 Prozent der Gymnasien und 76 Prozent der Realschulen in Nordrhein-Westfalen unterschreiten die festgeschriebene Wochenstundenzahl



Theo Kruse,  
innenpolitischer  
Sprecher

INNERE SICHERHEIT

# Minister Jäger steht vor einem innenpolitischen Scherbenhaufen



Peter Biesenbach,  
stellvertretender  
Vorsitzender

Nordrhein-Westfalen hat sich unter rot-grüner Regierungsverantwortung zur Kriminalitätshochburg Nummer 1 in Deutschland entwickelt. Das belegen die amtlichen Daten der polizeilichen Kriminalstatistik und des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichts mehr als deutlich.

### Mehr Wohnungseinbrüche – weniger Aufklärung

Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen registrierten Wohnungseinbrüche ist allein im ersten Halbjahr 2015 auf 33.500 Fälle angestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von satten 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt werden in Nordrhein-Westfalen damit 186 Wohnungseinbrüche pro Tag verübt. Für das Gesamtjahr 2015 rechnet die Polizei inzwischen mit einem neuen Negativrekord von landesweit etwa 65.000 Wohnungseinbrüchen. Hinzu kommt, dass Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen ein zunehmend risikoloses Verbrechen darstellen. Wie eine Analyse des Landeskriminalamtes, die Innenminister Jäger auf Anfrage der CDU-Fraktion kürzlich vorgelegt hat, belegt, wird nur einer von hundert Wohnungseinbrechern in Nordrhein-Westfalen zu einer Haftstrafe verurteilt. Aber auch jenseits des Bereichs der Einbruchskriminalität gibt die niedrige Aufklärungsquote in Nordrhein-Westfalen großen Anlass zur Sorge. Mit einer Quote von mageren 49,8 Prozent belegte Nordrhein-Westfalen bei der Aufklärung von Straftaten im vergangenen Jahr erneut den letzten Platz unter den bundesdeutschen Flächenländern. Unter rot-grüner Regierungsverantwortung wurde in Nordrhein-Westfalen noch nie eine Aufklärungsquote von über 50 Prozent erreicht.

### „No-Go-Areas“ mitten im Ruhrgebiet

Aus einem Lagebild des Polizeipräsidiums Duisburg geht zudem hervor, dass sich einzel-

ne Stadtbereiche in Nordrhein-Westfalen inzwischen zu „No-Go-Areas“ entwickelt haben. Dabei handelt es sich um rechtsfreie Räume, in denen ausländische Familienclans das staatliche Gewaltmonopol unter sich aufgeteilt haben. „Die Rechtspflicht des Staates zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist in solchen Stadtbezirken langfristig nicht gesichert bzw. akut gefährdet. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist bereits nachhaltig negativ beeinträchtigt“, so die wörtliche Aussage der Duisburger Polizei. Dass eine Polizeibehörde derart schonungslos ihre eigene Ohnmacht eingesteht, ist ein bundesweit einmaliger Vorgang.

### Keine Grenzen für Rockerbanden und politisch motivierte Gewalt

Darüber hinaus wächst die Rockerszene in Nordrhein-Westfalen rapide an. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2010 haben sich die Mitgliederzahlen von Hells Angels und Bandidos in Nordrhein-Westfalen verdoppelt. Insgesamt gibt es mittlerweile 3.000 kriminelle Rocker in unserem Bundesland. Auch verfassungsfeindliche Bestrebungen haben unter rot-grüner Regierungsverantwortung Hochkonjunktur. Die Zahl der Salafisten in unserem Bundesland hat sich seit dem Amtsantritt von Innenminister Jäger von 500 auf 2.100 mehr als vervierfacht.

Überhaupt hat die politisch motivierte Kriminalität in Nordrhein-Westfalen in allen Bereichen deutliche Zuwächse erfahren. Die Anzahl der politisch motivierten Straftaten von rechts stieg im Jahr 2014 um 6,5 Prozent, die Anzahl der politisch motivierten Straftaten von links um 38,9 Prozent und die Straftaten der politisch motivierten Ausländerkriminalität um 311,7 Prozent (!) an.



Werner Lohn,  
CDU-Polizei-  
experte

### Gewalt gegen Beamte steigt immer weiter

Besorgniserregend ist nicht zuletzt auch die deutliche Zunahme von Gewalttaten gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte. Im Jahr 2014 wurden in Nordrhein-Westfalen 7.902 Polizeivollzugsbeamte Opfer einer Straftat. Das sind rund 31 Prozent mehr als noch im Jahr 2011 (6.039). Statistisch gesehen wird damit fast stündlich ein Polizeibeamter in Nordrhein-Westfalen Opfer eines gewaltsamen Angriffs. Auch

die Anzahl der Übergriffe auf Feuerwehrleute (+ 67 Prozent) und Rettungskräfte (+ 30 Prozent) ist zwischen 2011 und 2014 massiv gestiegen.

Diese Zahlen machen deutlich: Die rot-grüne Landesregierung hat auf dem Gebiet der inneren Sicherheit restlos versagt. Innenminister Jäger steht bereits eineinhalb Jahre vor dem Ende der Wahlperiode vor einem innenpolitischen Scherbenhaufen.

## Innenexperte: SEKs in NRW sind nicht ausreichend gerüstet

Die Kommandoführer der 18 Sondereinsatzkommandos (SEK) im Land schlagen Alarm: Für Terrorszenarien wie bei ‚Charlie Hebdo‘ fehlt die Ausstattung. Im Interview mit Landtag aktuell erläutert der CDU-Innenexperte Gregor Golland Hintergründe und fordert Konsequenzen.

### Was fehlt den SEKs in Nordrhein-Westfalen?

Die Beamten haben keinen ausreichenden Schutz gegen Langfeuerwaffen und Hartkerngeschosse. Gerade einmal jeder fünfte Beamte hat eine entsprechende Schutzweste zu Verfügung, um Schüsse aus Kalaschnikows abzufangen. Auch haben die Einsatzkräfte keine Waffen gegen gut geschützte und hochgerüstete Terroristen. Es mangelt zudem an geeigneten Einsatzfahrzeugen oder gepanzerten Hubschraubern.

### Wieso rüstet die Landesregierung die Polizei denn nicht besser aus?

Das ist eine gute Frage. Die Herausforderungen sind ja nicht neu. Wir können nicht darauf hoffen, dass wir immer Glück haben und der Terrorismus nicht zu uns kommt. Der Innenminister spielt mit dem Leben der Elitepolizisten, die ihr eigenes Leben hingegen bei jedem Einsatz aufs Spiel setzen. Der Schutz unserer Polizei ist gleichzeitig auch der Schutz der Bevölkerung, die auf die Einsatzfähigkeit der SEKs vertraut.

### Was werfen Sie der Landesregierung vor?

Es fehlt nicht nur an Entscheidungskraft und klaren Konzepten, es fehlt auch generell am politischen Rückhalt für unsere Polizei und die SEKs.



Gregor Golland kritisiert die mangelnde Ausstattung der Sondereinsatzkommandos

Die Kriminalität, also Einbruchsdiebstahl, No-Go-Areas in Großstädten, Autoaufbrüche und vieles mehr, steigt, die allgemeine Sicherheitslage wird immer angespannter, aber die Landesregierung verharmlost und leugnet die Realität. Im Frühjahr teilte Minister Jäger noch mit, die Polizei sei gegen Terroranschläge ausreichend ausgestattet. Hoffentlich hilft der öffentliche Druck nun dabei, dass er klüger wird.

### Apropos neue Erkenntnisse: Was ist aus den diversen Skandalen beim SEK in Köln geworden?

Der eigentliche Skandal in Köln ist: Die kleinen Beamten werden öffentlich vorverurteilt und versetzt, obwohl weder Staatsanwaltschaft noch Gutachter die Mobbingvorwürfe bestätigen können. Leitende Beamte, die Polizeihubschrauber für private Fotosessions missbrauchen, werden dagegen von oben geschützt. Der Kölner Polizeipräsident und Genosse Wolfgang Albers ist Teil des Problems und nicht der Lösung. In Köln brauchen wir einen Neuanfang.



Bei einer Veranstaltung der CDU-Fraktion diskutierten (v.l.n.r.) Dr. Margarete Haase, Vorstandsmitglied der Deutz AG, CDU-Fraktionschef Armin Laschet, Wolfgang Clement, Ministerpräsident a.D., und der Präsident von Metall NRW, Arndt Kirchhoff. Moderiert wurde die Runde von der WDR-Journalistin Gisela Steinhauer.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

# CDU-Fraktion setzt sich für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ein

**E**in starker Mittelstand und weltweit führende Großunternehmen der verarbeitenden Industrie haben ihren Sitz an Rhein, Ruhr und Wupper. Damit das so bleibt und sich die Wirtschaftskraft unseres Bundeslandes künftig noch besser entfalten kann, muss die Landespolitik endlich investitionsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Wir müssen Unternehmensgründungen fördern, Bürokratie abbauen und die Exportchancen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft verbessern – auch durch einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA. Während die Landesregierung immer neue Bürokratiemonster auf den Weg bringt, durch ihre Entwicklungsplanung Unternehmen am Wachstum hindert und sich beim Thema TTIP völlig wegduckt, setzen sich die CDU-Fraktion und ihre Abgeordneten mit großem Engagement für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ein, wie einige Beispiele der letzten Wochen verdeutlichen.

**CDU-Landtagsabgeordnete informieren sich vor Ort über Vorteile des Freihandelsabkommens**  
So lud die CDU-Landtagsfraktion Anfang September anlässlich der Veröffentlichung des Buches „Das Deutschland-Prinzip“ zu einer Veranstaltung zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen in die Wandelhalle des Landtags ein. Kurzen Vorträgen des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Armin Laschet, und des Kuratoriumsvorsitzenden der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Ministerpräsident a.D. Wolfgang Clement, schloss sich eine Podiumsdiskussion an, an der auch der Präsident von METALL NRW, Arndt Kirchhoff, und Dr. Margarete Haase, Vorstandsmitglied der Deutz AG, teilnahmen. Moderiert wurde die Runde von der WDR-Journalistin Gisela Steinhauer.  
Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie die Landespolitik die wirtschaftlichen Stärken Nordrhein-Westfalens erhalten und ausbauen könne. Alle Diskutanten waren sich darin

einig, dass eine Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hierfür nötig sei. Laschet betonte, dass die Landesregierung endlich für ein investitions- und innovationsfreundliches Klima sorgen und die Unternehmen von bürokratischen Lasten befreien müsse. „Wir brauchen nach dem erfolgreichen Deutschland-Prinzip nun hier an Rhein und Ruhr endlich ein Nordrhein-Westfalen-Prinzip“, so Laschet. Der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Clement forderte die Entwicklung einer „regelrechten Gründerkultur“. Hierin läge „eine große Chance, vor allem für die strukturelle Erneuerung des Ruhrgebiets.“

### CDU-Landtagsabgeordnete informieren sich vor Ort über Vorteile von TTIP

Die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP scheint zusehends zu schwinden. Umfragen zeigen, dass bereits 46 Prozent der Bundesbürger das Abkommen „für eine schlechte Sache“ halten. 40 Prozent glauben sogar, dass sich TTIP negativ auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum in Deutschland auswirken werde. Dabei ist das Gegenteil der Fall: die Menschen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen würden zu den Gewinnern dieses Abkommens gehören. Das transatlantische Freihandelsabkommen wäre ein wichtiger Impuls für die Wirtschaft in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ohne ein solches Freihandelsabkommen hätten es exportorientierte Unternehmen zukünftig viel schwerer, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Der Absatz an hochqualitativen Produkten aus Nordrhein-Westfalen würde durch ein solides Abkommen mit den USA ansteigen. Durch gemeinsame Standards würden zudem Entwicklungs- und Produktionskosten gesenkt werden, die wiederum in die unternehmenseigene Forschung, in neue Anlagen und zusätzliche Arbeitsplätze investiert würden.

Aus diesem Grund haben sich mehrere CDU-Landtagsabgeordnete bei Besuchen von Unternehmen in ihren Wahlkreisen über die Vorteile des Abkommens informiert und für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen geworben. Thorsten Schick MdL ließ sich bei der Firma Kirchhoff Automotive in Sümmern zeigen, wie das Abkommen Zulieferfirmen der Auto-

mobilmbranche entlasten würde. Durch die unterschiedlichen Normen dies- und jenseits des Atlantiks benötigen Unternehmen wie Kirchhoff für fast identische Zubehöreile zwei verschiedene Produktionsschienen, was hohe Kosten im sechs- bis siebenstelligen Bereich verursacht. Durch TTIP könnten diese Mittel eingespart werden, was dem Unternehmen und den Konsumenten zu Gute käme. Dazu Schick: „Die Politik hat es verpasst, schon frühzeitig deutlicher diese Vorteile herauszustellen.“

Dr. Günther Bergmann MdL besuchte die Probat-Werke in Emmerich, einem Weltmarktführer im Bau von Röstmaschinen und Walzenmühlen. Der Geschäftsführer der Probat-Werke, Wim Abbing, stellte beim Besuch heraus, dass die Standardisierung von Regelungen im Bereich Zoll und Zulassung auch kleinere und mittlere Unternehmen spürbar entlastete. Dass gerade in einer Exportnation wie Deutschland von den TTIP-Kritikern protektionistische Argumente gegen das Abkommen vorgebracht würden, sei, so Bergmann und Abbing, eigentlich unglaublich. Viele Fehlinformationen hätten die großen Vorteile und Chancen des Abkommens bisher in den Hintergrund treten lassen.

Gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände Siegen-Wittgenstein, Dr. Thorsten Doublet, besuchte Jens Kamieth MdL den Anlagen- und Maschinenbauer SMS Group in Hilchenbach. Der Besuch bei SMS habe gezeigt, so Kamieth, wie eng die heimische Wirtschaft mit dem US-amerikanischen Markt verwoben sei: „Ohne diese Beziehungen zu den USA würden auch in Siegen-Wittgenstein viele Arbeitsplätze wegbrechen. Gerade Südwestfalen, die drittstärkste Industrieregion Deutschlands, würde immens von TTIP profitieren.“



## PERSONALIEN

## Wechsel in der CDU-Landtagsfraktion

Die erfolgreiche Kommunalwahl hat zu personellen Veränderungen in der CDU-Landtagsfraktion geführt. Hier stellen wir Ihnen die wichtigsten Änderungen in Kürze vor:

Thomas Kufen ist der neue Oberbürgermeister von Essen



**Thomas Kufen** hat in Essen einen fulminanten Wahlsieg geschafft. Mit dem Amtsantritt als neuer Oberbürgermeister von Essen hat er sein Landtagsmandat sowie seine Funktionen als energiepolitischer Sprecher und Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der CDU-Landtagsfraktion zurückgegeben.

Michael-Ezzo Solf rückt in die Landtagsfraktion nach



Für Thomas Kufen rückt ein in der CDU-Fraktion bekanntes Gesicht nach: **Michael-Ezzo Solf**. Der Abgeordnete aus dem Rhein-Sieg-Kreis war schon von 1999-2012 Abgeordneter für die CDU im Landtag in Düsseldorf. Er ist nun ordentliches Mitglied im Integrationsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien und im Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Josef Hovenjürgen ist der neue energiepolitische Sprecher der Fraktion



Den Posten des energiepolitischen Sprechers übernimmt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, **Josef Hovenjürgen**. Der Abgeordnete aus Haltern am See hat in der Vergangenheit schon viele energiepolitische Themen für die Fraktion vorangebracht und ist Experte im Bereich der erneuerbaren Energien. Zusätzlich ist er nun ordentliches Mitglied im Wirtschaftsausschuss und im Unterausschuss Klimaschutzplan.

Hendrik Schmitz rückt in den Geschäftsführenden Vorstand nach



**Hendrik Schmitz** rückt für Thomas Kufen in den Geschäftsführenden Vorstand der Fraktion auf. Der Aachener ist Vorsitzender der Jungen Gruppe und hat als Sprecher der CDU-Fraktion in der Enquetekommission zur Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte Handlungsempfehlungen erarbeitet, wie die Landespolitik auf die Herausforderungen des demografischen Wandels reagieren sollte.

Thorsten Schick, medienpolitischer Sprecher der Fraktion



**Thorsten Schick** ist neuer medienpolitischer Sprecher. Der Südwestfale hat sich bereits einen Ruf als Experte für den digitalen Wandel in der Medienbranche erarbeitet. Er ist überzeugt: Nordrhein-Westfalen als Standort zahlreicher Medienunternehmen braucht endlich eine profilierte Medienpolitik.

### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf – **Vorsitzender:** Armin Laschet MdL – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper MdL – **Redaktion:** Christoph Weckenbrock und Nils Sönksen – **Fotos:** Volker Zierhut, Bernd Schälte, dpa-picture-alliance, CDU-Bilddatenbank, privat – **Kontakt und Website:** www.cdu-nrw-fraktion.de



Festakt zum 70. Gründungsjubiläum der CDU in Nordrhein-Westfalen

## Ein Grund zu feiern!

In festlichem Rahmen hat die CDU Nordrhein-Westfalen Anfang September ihr 70. Gründungsjubiläum in der Flora in Köln gefeiert. Neben fünf Mitgliedern, die vor 70 Jahren die CDU mitbegründet haben, waren erstmals auch alle Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen seit 1986 versammelt.

### Die Gründung der Partei in Westfalen und im Rheinland

In seiner Festrede erinnerte der Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen Armin Laschet an die Umstände der Gründung der CDU. Als Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg und die Diktatur der Nationalsozialisten, in Zeiten von Trümmern, Hunger und Not, prägten Christen und Demokraten aus dem Rheinland und aus Westfalen den moralischen und politischen Neuanfang – auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Laschet betonte den Unions-Gedanken aus der Gründerzeit: „Wir sind eine Union für Stadt und Land, für Katholiken und Protestanten, für Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige und Unternehmer, für Alt und Jung – wir sind Volkspartei.“ Nordrhein-Westfalen sei seit seiner Gründung gerade von der CDU geprägt worden, so Laschet: „Es war die CDU, mit den Ministerpräsidenten Karl Arnold und Franz Meyers, die die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen für die Entwicklung des neuen Landes legte.“ Arnold hatte den Anspruch formuliert, dass Nordrhein-Westfalen das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“ sein sollte, Meyers den Grundstein für die heutige dichte Hochschul- und Forschungslandschaft gelegt. Ebenfalls würdigte Laschet die „historische Leistung“ der Fusion der Landesverbände 1986 durch Kurt Biedenkopf und den Einsatz seines Nachfolgers Norbert Blüm für die politische Handlungsfähigkeit der vereinigten NRW-CDU. Laschet dankte

auch Jürgen Rüttgers, der die CDU 2005 wieder in die Regierung geführt und das Land durch Haushaltskonsolidierung, Bürokratieabbau und einen Fokus auf Bildung wieder vorangebracht hatte.

### Merkel: „Die CDU Nordrhein-Westfalen hat jeden Grund zu feiern“

Mit diesem Satz begrüßte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, ganz besonders die fünf anwesenden Gründungsmitglieder: „Wir sind stolz, dass Sie uns die Treue gehalten haben durch all' diese Zeiten.“ Auch sie erinnerte an die Umstände der Gründung der CDU nach dem Krieg. Damals seien mit dem Bekenntnis zur Freiheit und Würde jedes Einzelnen die richtigen Lehren gezogen worden. Für sie sei es etwas Bewegendes, zu wissen, dass das Grundgesetz und die CDU den gleichen Gründungsimpuls hätten – den Einzelnen und seine Freiheit im Zentrum. Jeder dürfe und solle in Freiheit leben – aber in der Freiheit, Verantwortung für seine Mitmenschen und für die Gesellschaft zu übernehmen. Daraus speise sich das Bekenntnis der Union zur Sozialen Marktwirtschaft, der, so Merkel, „vielleicht wunderbarsten gesellschaftlichen Ordnung, die wir uns vorstellen können“. Mit Blick auf den bereits von Armin Laschet erwähnten Unions-Gedanken stellte Merkel fest, dass die CDU immer dann stark gewesen sei, wenn sie sich um die Sorgen aller Menschen gekümmert habe.

### Herausforderung Flüchtlinge

Die Kanzlerin blickte aber auch in die Zukunft – schließlich sei eine 70-Jahr-Feier kein Tag, an dem man sich zurücklehnen könne. Ganz konkret äußerte sich Merkel zur Flüchtlingsfra-

ge. Die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge sei nach dem 2. Weltkrieg noch nie so hoch gewesen wie heute. „Dies zeigt: Wir können uns dem Geschehen um uns herum nicht entziehen.“ Fest stehe, dass die Würde des Menschen unantastbar und zu schützen sei, so Merkel. „Darum ringen wir, aber wir dürfen keine Abstriche an unseren Grundüberzeugungen machen.“ Egal ob Asylrecht, Genfer Konvention oder Artikel 1 des Grundgesetzes: „In dieser Situation haben wir die Verpflichtung, zu helfen.“ Wer jedoch aus rein wirtschaftlichen Gründen herkomme, dem müsse man sagen, dass er nicht bleiben könne. Deutlich kritisierte Angela Merkel fremdenfeindliches und menschenverachtendes Verhalten gegenüber den Flüchtlingen: „In einer Demokratie darf man keine charakterlichen Schwächen haben. Dafür habe ich kein Verständnis.“ An den großen Aufgaben, vor denen man stehe, entscheide sich, wie man in Zukunft über die heutige Zeit reden werde, so Merkel. „Ich möchte, dass

wir unseren Gründungsvätern in die Augen schauen können mit dem, was wir heute zu bewältigen haben.“ Wenn die CDU jedoch an ihre Überzeugung glaube und diese in Politik umsetze, „dann brauchen wir nicht ängstlich zu sein.“

### Festlicher musikalischer Rahmen

Für die musikalische Begleitung sorgte das Operntalent Sophie Schwerthöffer, 15 Jahre, aus Dorsten. Sie sang das eigens für sie als erste Junior-Botschafterin der Peter-Ustinov-Stiftung geschriebene Lied „Children of the world“. Ihre Gage spendete sie für Musikinstrumente für Flüchtlingskinder. Das Saxophon-Quartett „Blasfemin“ aus dem Ruhrgebiet wusste mit klassischer und moderner Musik zu unterhalten und untermalte auch die Nationalhymne, mit der in guter Tradition die Veranstaltung endete.



1. Gruppenbild mit Kanzlerin: Mit (v.l.n.r.) Jürgen Rüttgers, Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm, Armin Laschet und Norbert Röttgen waren erstmals alle Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen auf einem Foto.
2. Das Operntalent Sophie Schwerthöffer, 15 Jahre, sorgte mit ihrem Lied „Children of the world“ für Gänsehaut.
3. Armin Laschet: „Die Volkspartei CDU hat die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen für die Entwicklung unsers Landes gelegt.“
4. Generalsekretär Bodo Löttgen eröffnete den Festakt mit einem Zitat von Oliver Wendell Holmes: „70 Jahre jung zu sein ist zuweilen heiterer und hoffnungsvoller, als 40 Jahre alt zu sein.“
5. Angela Merkel: „Konrad Adenauer sagte einst, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen das Kernstück der gesamten CDU und CSU sei. Das ist grundsätzlich richtig, aber der Anspruch muss sich immer wieder verdient werden.“

## Fünf Gründungsmitglieder der CDU Nordrhein-Westfalen

(von links nach rechts)



**JOHANNES KIRSCH**, geboren 1927, hat die CDU in Castrop-Rauxel mitbegründet und ist seitdem politisch engagiert.

**SIEGFRIED DÜBEL**, geboren 1924, war Mitbegründer der Exil-CDU in der sowjetisch besetzten Zone. Als Konrad Adenauer der CDU beitrug, war der in Königswinter lebende Dübel schon ein halbes Jahr CDU-Mitglied.

**HEINZ GÜNTHER HÜSCH**, geboren 1929, war 1945 für einen formellen Beitritt zu jung, aber trotzdem Mitbegründer der CDU im heutigen Rhein-Kreis Neuss. Als Lehre aus der Geschichte setzte er sich vor allen Dingen für eine wehrhafte Demokratie ein. Hüsch war von 1966 bis 1976 Mitglied des Landtags und von 1976 bis 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages.

**KARL BRINKMÖLLER**, geboren 1921, gründete die CDU im Kreis Höxter. Beeinflusst von der katholischen Soziallehre beeindruckte ihn die Idee einer überkonfessionellen Partei für den demokratischen Aufbau Deutschlands.

**WILHELM VOGLER**, geboren 1925, wurde von seinem Vater zu einer Veranstaltung in Bottrop geschickt, bei der es um die Neugründung einer christlichen Partei gehen sollte. Alle Anwesenden – auch der in der katholischen Jugendbewegung aktive Bergmann – wurden kurzerhand zu Gründungsmitgliedern bestimmt. Vogler saß viele Jahre für die CDU im Rat der Stadt Bottrop.

Foto: Chaperon

## GESCHICHTEN AUS 70 JAHREN CDU IN NORDRHEIN-WESTFALEN

In der vorletzten Ausgabe unseres Magazins „Bei uns in NRW“ haben wir Sie nach Ihren Erlebnissen, Ihren Geschichten aus 70 Jahren Geschichte gebeten. Ausgewählte Einsendungen veröffentlichen wir hier:

**Wolfgang Ruth** (Foto rechts) vereinbarte im März 1990, als Vorsitzender des Stadtverbandes Hilchenbach, eine Partnerschaft mit der CDU im Spielzeugdorf Seiffen im Erzgebirge. Ziel war die organisatorische, materielle und ideelle Unterstützung der kommunalpolitisch interessierten Bürger im Kurort Seiffen. Darüber hinaus wurden Ausbildungsplätze für Seiffener Bürger bei der Stadtverwaltung, der Stadtsparkasse und einigen Firmen vermittelt. 1992 vereinbarten die beiden Kommunen eine offizielle Städtefreundschaft. Eine schöne Geschichte vom Zusammenwachsen nach der Wiedervereinigung.



Eine Ruhemöglichkeit mit Ausblick auf das Storchennest in Westerwiehe – Ortsvorsitzende **Anja Rodenbeck** findet das eine gute Idee. Im Frühjahr 2014, der Kommunalwahlkampf steht vor der Tür, wird mit viel Einsatz, einigen Spenden und tatkräftiger Mitarbeit eine massive Holzbank im Ortsteil von Rietberg aufgestellt. Nur zwei Tage später ist die Bank weg – obwohl sie betonierte und fest verschraubt war. Auch die Polizei weiß nicht weiter. Doch der Diebstahl spricht sich rum und zahlreiche Spender, unter ihnen der Europaabgeordnete Elmar Brok, legen zusammen, so dass kurze Zeit später eine neue Bank am alten Standort aufgestellt werden kann. Es bleibt sogar noch Geld für eine weitere, zusätzliche Bank. Am Ende bleibt das große Engagement der CDUler aus Westerwiehe im Gedächtnis – und das ist ja das Wichtige. Die Bank ist bis heute verschollen.

Im September 1989 wird in Bochum-Riemke die U-Bahn zwischen Bochum und Herne eingeweiht. Ehrengast: Minister Norbert Blüm, zugleich damals Landesvorsitzender der fusionierten NRW-CDU. **Lothar Gräfinholt** bemüht sich darum, dass Blüm im Anschluss den Ortsverband Riemke, dessen Vorsitzender er ist, besucht. Er bekommt tatsächlich eine Zusage, die Mitglieder versammeln sich zum Mittagessen in einer nahegelegenen Gaststätte und warten gespannt. Große Freude, als eine Fahrzeugkolonne vorfährt – das Sicherheitskommando. Wann kommt Blüm? Gar nicht – die Sicherheitsfahrzeuge fahren plötzlich wieder. Der Landesvorsitzende kommt nicht mehr. Ob das Mittagessen dennoch schmeckte, ist nicht bekannt. Wohl aber wird gemunkelt, dass Bundestagspräsident Norbert Lammert, wie eingeladen, bei der Feier des 70-jährigen Bestehens des Ortsverbands Riemke anwesend war.

Foto: privat

# Kommunalwahl gibt Rückenwind für 2017!

+++ CDU bei sieben Landrats-, vier Oberbürgermeister- und 73 Bürgermeisterwahlen erfolgreich +++



„Das heutige Ergebnis reiht sich ein in die Wahlergebnisse der letzten Jahre. Seit 2012 hat die CDU hier in Nordrhein-Westfalen jede Wahl gewonnen – 2013 die Bundestagswahl, im letzten Jahr die Europawahl und die Kommunalwahl mit 38,6 gegenüber der SPD mit 31 Prozent. In den Landkreisen konnten wir unsere Position halten“, freute sich der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet am Abend des 13. September 2015. Im Mittelpunkt standen

dabei die Ergebnisse in den großen Städten, wo im ersten Wahlgang Bonn und Oberhausen dazugewonnen und Münster gehalten werden konnte. In der Stichwahl gelang der Machtwechsel in Essen und in Köln war die von der CDU unterstützte parteilose Kandidatin bei der verschobenen Oberbürgermeisterwahl erfolgreich. Armin Laschet: „Dieses gute Ergebnis der CDU gibt uns Rückenwind für den Regierungswechsel im Land 2017.“



In **Oberhausen** gelang der Mehrheitswechsel überraschend schon im ersten Wahlgang: **Daniel Schranz** gewann mit 52,5 Prozent erstmals nach 60 Jahren das Amt des Oberbürgermeisters wieder für die CDU.

Denkbar knapp konnte **Ashok-Alexander Sridharan** in **Bonn** gewinnen: Mit 50,1 Prozent gewann der Bonner mit indischen Wurzeln nach 21 Jahren die Amtskette des Oberbürgermeisters für die CDU zurück.



50,6 Prozent waren es am Ende des Wahlabends für **Markus Lewe**, der damit Oberbürgermeister von **Münster** bleibt – seit 2009 übt er dieses Amt aus.

Mit 62,6 Prozent gewann **Thomas Kufen** die Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters von **Essen** deutlich. Damit wird die neuntgrößte Stadt in Deutschland wieder von einem CDU-Oberbürgermeister regiert.



Henriette Reker, auf unserem Bild beim Festakt zum 70. Gründungsjubiläum der NRW-CDU, ist neue Oberbürgermeisterin von Köln. Einen Tag vor der Wahl wurde sie durch eine Messerattacke während eines Wahlkampfauftritts schwer verletzt. Bei der Wahl am 18. Oktober – die Wahl musste aufgrund von Pannen in der Wahlorganisation verschoben werden – erhielt sie 52,66 Prozent der Stimmen. Unterstützt wurde die parteilose Kandidatin von einem Bündnis aus CDU, Grünen und FDP. Wenige Tage nach der Wahl unterschrieb Reker im Krankenhaus die Erklärung zur Annahme der Wahl und ist seitdem erste Oberbürgermeisterin der Stadt Köln.

# 1. Tag der Vereinigungen

## Vielfalt live und in Farbe

Was ist eigentlich eine „Vereinigung“ der CDU Nordrhein-Westfalen? Welche gibt es, und was machen sie? Genau diese Fragen standen im Mittelpunkt des 1. Tags der Vereinigungen, der Ende Oktober in Düsseldorf stattfand. Generalsekretär Bodo Löttgen hatte diesen ins Leben gerufen, um die Vielfalt der CDU erlebbar zu machen: „Uns als Volkspartei macht aus, dass wir starke Vereinigungen haben, die sich um spezielle Interessen kümmern. Und wer ein Interesse durchgesetzt haben will, der sollte Mitglied in einer Vereinigung sein und werden – und am besten gleich auch noch in der CDU!“



Bühne frei für die sieben Vereinigungen der CDU Nordrhein-Westfalen und ihre Vertreter!



Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung brachte beim „Matchmaking“ Unternehmen und Politik ins Gespräch.



Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmererschaft setzte auf junge Gesichter – die die Arbeit ihrer Vereinigung mit einem umgedichteten Liedtext darbrachten.



Die meisten Lacher hatte die Frauen-Union auf ihrer Seite: Kabarettistin Anka Zink interviewte Politikerinnen aus Bundestag, Landtag und von der kommunalen Ebene.



Viel Leidenschaft für die kommunale Ebene zeigte Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung.



Die Junge Union stellte ihre drei Säulen Politik, Bildung und Spaß vor.



Die Senioren-Union zeigte, dass politisches Engagement fit hält.



Kreative Herausforderungen nimmt die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung gerne an.



Initiator des 1. Tags der Vereinigungen: Generalsekretär Bodo Löttgen.



Über 300 Gäste waren in der Handwerkskammer dabei – es wurde viel gelacht, viel gelernt und viele Ideen wurden ausgetauscht.



Wer beim 1. Tag der Vereinigungen nicht dabei war, kann die Arbeit der sieben Vereinigungen der CDU Nordrhein-Westfalen auch in einem Film näher kennenlernen: Sie finden ihn in unserem YouTube-Kanal „CDU NRW.TV“, auf unserer Internetseite, oder wenn Sie mit einem Smartphone diesen QR-Code scannen.

Gastbeitrag von Barbara Reul-Nocke

## Flüchtlinge vor Ort: Die Kommunen schaffen es!

Zum Thema Flüchtlingssituation ist schon viel geschrieben und gesagt worden, und angesichts des nicht versiegenden Zustroms wird dieses Thema auch zukünftig ganz oben auf der Agenda der Kommunen bleiben.

Vor Ort konnte man seit Juli dieses Jahres einen extremen Anstieg der Flüchtlingszahlen feststellen, den die Kommunen mit städtischen Mitarbeitern, Hilfsorganisationen und zahlreichen Ehrenamtlern bravourös gemeistert haben. Deshalb stimmt es: Die Kommunen schaffen es!

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern hat die Bundesrepublik – trotz aller Schwierigkeiten – eine funktionierende Struktur mit der kommunalen Selbstverwaltung, die es ermöglicht, schneller, wirksamer und flexibler als Länder und Bezirksregierungen diese besondere Herausforderung zu meistern.

Neben der Unterbringung und Betreuung der den Kommunen regulär zugewiesenen Flüchtlinge mussten in NRW zahlreiche Kommunen seit Ende Juli für dieses Land im Wege der Amtshilfe auch Notunterkünfte zur Verfügung stellen. Dies geschah anfangs mit einem Vorlauf von 24 Stunden. In dieser Zeit mussten Unterkunft, Betreuung, Versorgung, Sicherheit und Kommunikation mit den Bürgern vor Ort organisiert werden. Mittlerweile haben wir in Remscheid die dritte Notunterkunft für insgesamt 620, demnächst 740 Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. Parallel dazu wurden die regulär zugewiesenen Flüchtlinge, derzeit wöchentlich 100 Personen, untergebracht und betreut. Die Stadt Remscheid wird zum Jahresende ca. 1.400 zugewiesene Flüchtlinge aufgenommen haben.

Da dies nicht mehr im Rahmen regulärer Verwaltungsabläufe zu leisten war, haben wir in Remscheid bereits im August einen Projektstab, anlehnend an die Struktur eines Krisenstabes, implementiert. Der Stab arbeitet dezentralübergreifend und organisiert Unterbringung, zentrale Beschaffung, Unterkunftsakquise, Finanzen, Koordination der Hilfsangebote und Einsatz der Ehrenamtlichen, die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger, Sprachkurse und Arbeitsvermittlung.

Durch diese Bündelungsstruktur konnte im Laufe der Monate fast eine Routine bei den wöchentlichen Projekt-

sitzungen entwickelt werden, auch wenn durch das Land ständig neue Zuständigkeiten, Registrierungsverfahren und Änderungen der Abläufe erfolgten und so permanent Nachjustierungen erforderlich wurden. Die am Limit arbeitenden Mitarbeiter konnten so in einer verlässlichen und schnell funktionierenden Struktur arbeiten. Derzeit sind wir in der Lage, nach der primären Versorgung der Flüchtlinge sowohl an dem Aufbau eines effektiveren Rückkehrmanagements für Menschen ohne Bleiberechtsperspektive, als auch an einer schnellen Integration auf dem Arbeitsmarkt zu arbeiten.

Unter Federführung der Stadt entwickeln wir mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter und örtlichen Vertretern der Handwerkskammer, dem Arbeitgeberverband, den Industrie- und Handelskammern, dem Berufsinformationszentrum und vielen anderen, ein Konzept der Integration, beginnend mit Sprachkursen, der Prüfung und Anerkennung von Diplomen und der Vermittlung von Praktika.

Keiner der Akteure weiß, wie lange der Flüchtlingszustrom anhält. Keiner weiß, ob es möglich ist, weitere Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen oder ob es gelingt, die Flüchtlinge mit Bleiberechtsperspektive erfolgreich in den Arbeitsmarkt und die Stadtgesellschaft zu integrieren.

Nach meinen Erfahrungen der letzten fünf Monate weiß ich aber eines: **Wenn es einer schafft, dann die Kommunen.** ■

### Barbara Reul-Nocke



ist seit September 2014 als Beigeordnete der Stadt Remscheid für die Bereiche Ordnung, Sicherheit und Recht zuständig.

Die Fachanwältin für Verwaltungsrecht und ausgebildete Mediatorin, seit 1982 CDU-Mitglied, engagiert sich in der Frauen-Union: als Beisitzerin im Landesvorstand und seit 2013 als FU-Kreisvorsitzende in Wuppertal.

Foto: Rochlitzer

Gastbeitrag von Elmar Brok MdEP

## Flüchtlinge in Europa: Lösung nur mit der EU

Europa und Deutschland sehen sich mit einer Zeitenwende konfrontiert. Weltweit gibt es über 60 Millionen Flüchtlinge aufgrund von Kriegen, Verfolgung, Hunger, mangelnden Lebensbedingungen und Klimawandel.

Das Band islamistischer Gewalt von Pakistan bis Nigeria, der Vormarsch der Taliban in Afghanistan und die Stellvertreterkriege, die Saudi-Arabien, der Iran und Irak, Syrien und Jemen führen, sind aktuell die Gründe für die dramatischen Flüchtlingsbewegungen nach Europa. Allein die Türkei, der Libanon (ca. 1,8 Millionen bei 4 Millionen Einwohnern) und Jordanien haben in den letzten Jahren mehr als 4 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. In Syrien selbst sind weitere 7 Millionen Menschen auf der Flucht, um ihr Leben zu retten.

Für sie ist Europa die Fluchtburg. Die EU ist aus geographischen Gründen für viele das Ziel, aber vor allem auch, weil sie eine ungeheure Erfolgsgeschichte hat. Nirgendwo auf der Welt gibt es so viel Frieden, Freiheit und Wohlstand. Bisher haben wir die Augen davor verschlossen. Deshalb ist es jetzt drängend, dass in den Wiener Gesprächen die EU, die USA und Russland auf der einen Seite und die regionalen Mächte, vor allem Iran, Saudi-Arabien und die Türkei, sich auf ein sofortiges Vorgehen zur Beendigung des Krieges und ein gemeinsames Vorgehen gegen den „Islamischen Staat“, der für alle eine Bedrohung darstellt, einigen. Andere globale und regionale Machtinteressen müssen hintenangestellt werden. Das bedeutet auch, dass Russland und Assad sofort die Bombardierung der gemäßigten Opposition beenden und ein Waffenstillstand erreicht wird. Bei meinen Gesprächen mit Ban Ki-moon in New York und mit den Vertretern der anderen Staaten ist meine Hoffnung gewachsen. Ein solcher Erfolg ist entscheidend. Der heutige Streit in Deutschland und der EU über Umverteilung und Gelder ist nur ein Herumdoktern an den Symptomen.

Gleichzeitig muss der von der EU verhandelte EU-Türkei-Aktionsplan vereinbart und umgesetzt werden. Um die Türkei zu einer Absicherung ihrer Grenzen zu bewegen, muss sie bei der Versorgung der ca. 2,5 Millionen Flüchtlinge unterstützt werden. Es war eine Fehlleistung, dass die EU-Staaten die Finanzierung des Nahrungsmittelfonds des UN-Flüchtlingshilfswerks um ca. 40% (Deutschland

um 51%, Österreich um 100%) gekürzt haben. Das war der Aufruf, die Lager zu verlassen. Eine Visa-Erleichterung für türkische Geschäftsleute und Gespräche mit der Türkei über die zentralen Punkte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Religionsfreiheit als Bedingung für den Fortgang der Verhandlungen sollten schnell auf einem EU/Türkei-Gipfel besprochen werden. Ich sehe die Türkei nicht als EU-Mitglied. Ein Blick auf die Landkarte sollte aber genügen, um zu erkennen, dass eine Verbesserung der Beziehungen zur Türkei nötig ist.

Die EU-Kommission hat seit Jahren vorgeschlagen, die EU-Außengrenzen gemeinsam stärker abzusichern und Zuwanderung zu kontrollieren, Quoten zur Verteilung festzulegen, die Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären und Nicht-Berechtigte schneller auszuweisen. Das haben viele Mitgliedsstaaten einschließlich Deutschlands aber bis in dieses Jahr hinein als „Kompetenzwahn Brüssels“ abgelehnt.

Nun muss dies schnell in Ordnung gebracht werden. Nur gemeinsam lassen sich diese Aufgaben bewältigen. Wenn die Menschen erst an Deutschlands Grenzen stehen, ist es zu spät. Die EU ist nicht das Problem. Ohne die EU ist die Lösung des Problems nicht möglich.

Bei alledem dürfen wir die Verpflichtung der Genfer Konventionen, Menschlichkeit und christliche Nächstenliebe nicht über Bord gehen lassen. **Wir christlichen Demokraten müssen uns als solche verhalten.** ■

### Elmar Brok MdEP



gehört dem Europäischen Parlament seit 1980 an. Der Ostwestfale ist Europäer durch und durch. Aktuell ist er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments und steht der Gruppe der Abgeordneten der NRW-CDU in der EVP-Fraktion vor.

Brok, seit 1966 CDU-Mitglied, gehört außerdem dem CDU-Bundesvorstand, dem nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorstand und dem Bezirksvorstand Ostwestfalen an.

Foto: Brok

## 12 Fragen an Ina Menzer

**Ina Menzer** wurde am 10. November 1980 in Atbassar im heutigen Kasachstan geboren. 1990 siedelte Menzer, die seit 2014 Mitglied der CDU ist, mit ihrer Familie nach Deutschland über. Sie wuchs in Mönchengladbach auf und begann ihre Boxkarriere im Verein „Faustkämpfer Mönchengladbach“. Als Profi-Boxerin im Federgewicht hat Menzer 16 WM-Kämpfe bestritten. Ihren letzten Boxkampf, der in Mönchengladbach stattfand, gewann sie nach Punkten und beendete so ihre Karriere als dreifache Weltmeisterin. Ina Menzer ist stellvertretende Vorsitzende des Netzwerks für Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen, das im November 2014 gegründet wurde.

### Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Der frühe Vogel fängt den Wurm.

### Welches Lied singen Sie gerne?

„Atemlos“ von Helene Fischer.

### Was mögen Sie an der CDU?

Ich finde es super, dass die CDU sich auf kommunaler Ebene sozial stark engagiert.

### Sie sind 1990 mit Ihrer Familie aus Kasachstan nach Deutschland gekommen. Woran mussten Sie sich am meisten gewöhnen?

Mir wurde sehr schnell klar, wie wichtig die Sprache ist, um sich in einem Land zurechtzufinden und etwas zu erreichen.

### Und was hat Ihnen auf Anhieb am besten gefallen?

Die Ordnung.

### In Mönchengladbach haben Sie mit dem Boxen angefangen. Hilft Sport bei der Integration, oder ist gerade da zweitrangig, wo man herkommt?

Sport verbindet die Menschen, fördert die Kommunikation und so auch die Integration.

### In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Auf jeden Fall in einer Komödie, z.B. „Verrückt nach Mary“.

### Was ist Ihre größte Schwäche?

Süßigkeiten.

### Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

„Boxen & Managen“ von Kai Hoffmann.

### Was können Sie besonders gut kochen?

Bratkartoffeln mit Kürbiskernen und Speck.

### Wie können Sie am Besten entspannen?

Beim Sport, in der Sauna und beim Spazieren gehen.

### Welche politische Schlagzeile würden Sie gerne über sich lesen?

„Ina Menzer: In der Politik wie im Sport, immer hart aber fair.“

Foto: Anna-Lena Ehlers

## 12 Fragen an Daniel Schranz

**Daniel Schranz** wurde am 15. Oktober 1974 in Oberhausen geboren. 1990 trat er erst der Jungen Union, wenig später auch der CDU bei. Nach Wehrdienst und Studium (Geschichte und Politikwissenschaft), wissenschaftlicher Mitarbeit an der Universität Düsseldorf und Tätigkeit als Prokurist wurde Schranz 2009 Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Nordrhein-Westfalen und Leiter des Bildungswerks Düsseldorf. In dieser Zeit baute er die Kommunalakademie der KAS auf. Seit 1994 Ratsmitglied in Oberhausen, führte der verheiratete Vater von drei Kindern 14 Jahre lang die CDU-Fraktion im Rat – bis zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister im ersten Wahlgang am 13. September 2015.

### Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen! (Don Bosco)

### Welches Lied singen Sie gerne?

An Tagen wie diesen wünscht man sich Unendlichkeit – das war auch bei unserer Wahlparty in Oberhausen ein Renner.

### Was mögen Sie an der CDU?

Das C als Leitlinie; die Verbindung von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit; dass wir uns nicht nur als Partei, sondern auch als Familie verstehen.

### Seit Ende Oktober sind Sie neuer Oberbürgermeister von Oberhausen. Wie haben Sie das geschafft?

Die Wähler haben ganz bewusst den Neuanfang gewählt. Damit haben sich unser langer Atem und ein sehr engagierter und professioneller Wahlkampf ausgezahlt.

### Was war Ihre erste Amtshandlung?

Eine E-Mail an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt.

### Die Integration von Flüchtlingen ist ein Thema, das aktuell hinter den drängenden Fragen von Unterkunft und Verteilung zurücksteht. Was plant Oberhausen hier?

Auch bei uns dreht sich zunächst alles um die Unterbringung, die immer schwieriger wird. Zum Glück haben wir

aber eine große Willkommenskultur, die von der Stadtgesellschaft und vielen Ehrenamtlichen getragen wird.

### In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Einen Jedi-Ritter in Star Wars fände ich nicht schlecht.

### Was ist Ihre größte Schwäche?

Eindeutig: Kekse und Kuchen.

### Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Robert Harris: Dictator und Christoph Keese: Silicon Valley.

### Was können Sie besonders gut kochen?

Wildschweinsauerbraten in Balsamicosauce mit Serviettenknödeln und Rotkohl.

### Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Wenn nicht Oberhausen, dann direkt ganz weit weg: Vancouver, Kanada.

### Kann es in Zukunft noch eine schönere Schlagzeile über Sie geben als „Daniel Schranz neuer Oberbürgermeister“ vom 14. September 2015?

Die WAZ-Schlagzeile vom 14. September „CDU erringt in Oberhausen historischen Sieg“ wird tatsächlich nur schwer zu toppen sein.

Foto: CDU Oberhausen



Flip-Flop-Kommunikation in der Flüchtlingsdebatte

## DER SCHLANKER FUß DER SPD

Gerne rühmt sich die SPD mit den vielen Ministerpräsidenten, die sie stellt. Sie übernehme Verantwortung vor Ort, sei nah an den Menschen. Wie weit dieser Anspruch von der Wirklichkeit entfernt ist, lässt sich seit Monaten beobachten. Die SPD schimpft, duckt sich weg und macht vor allem eins: sich selbst einen schlanken Fuß.

### Konstruktive Beiträge? – Fehlanzeige!

Während die Republik in diesen Wochen und Tagen um den richtigen Umgang mit der großen Zahl an Flüchtlingen ringt, schaut die SPD-Führung vor allem zu. Manchmal meldet sie sich auch zu Wort. Dann meckert sie vor allem. Vorschläge – gar konstruktive – Fehlanzeige! Am lautesten meckert der



Foto: picture alliance/Baumgarten

Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel. Dass das, was er sagt, nicht immer kohärent ist, scheint ihn nicht weiter zu stören. Es stört ihn aber, wenn andere das bemerken. Wie etwa damals, Anfang Oktober, gegenüber Spiegel Online: „Wir nähern uns in Deutschland mit rasanter Geschwindigkeit den Grenzen unserer Möglichkeiten“, hatte er verlauten lassen. Das wiederum ließ die Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios, Bettina Schausten, aufhorchen. Bei „Berlin direkt“ wollte sie von Herrn Gabriel wissen, ob er, der Vizekanzler, mit seiner Forderung nach Obergrenzen denn nun der Kanzlerin widersprechen würde. Damit hatte Gabriel aber nun nicht gerechnet und so hatte er sich das auch nicht gedacht. Weder konnte, noch wollte, er seine Position oder die seiner Partei in der Frage darlegen. Stattdessen zoffte er sich geschlagene 7:35 Minuten mit der Journalistin und war beleidigt, dass man ihn zu seiner und nicht zu den Positionen der Unionsparteien befragte.

### Chauvinismus und Nebelkerzen

Was auf den ersten Blick wirkte wie chauvinistisches Rabaukentum – Gabriel hat es ja bekanntlich nicht so mit kritischen Fragen weiblicher Journalisten –, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als blanke Hilflosigkeit. Denn während die SPD sich gerne als das soziale Gewissen Deutschlands geriert, herrscht dort, wo sie Verantwortung trägt, das reinste Chaos. Ob Niedersachsen, Rheinland-Pfalz – die SPD-regierten Bundesländer sind bei der Aufnahme der Flüchtlinge nach Königssteiner Schlüssel im Soll. Schleswig-Holstein, von wo aus sich der dortige SPD-Vorsitzende mit stets moralisierenden Beschimpfungen zu Wort meldet, hat jüngst darum gebeten, dass Bayern keine Flüchtlinge mehr in den Norden schicken solle. Und auch das grün-rot regierte Baden-Württemberg hat, trotz der nicht endenden Forderungen der grünen Bundespitze, deutlichen Nachholbedarf.

Damit das aber keiner mitbekommt, hat die SPD eine Großoffensive im „Dagegen-Sein“ gestartet. So ist man zwar für Ziele, aber gegen Maßnahmen, die das Ziel erreichen. So ist die SPD zwar – in Teilen und mit variierender Vehemenz –

für eine Beschränkung der Flüchtlingszahlen, aber gegen alle Maßnahmen, die dem dienen könnten. So war die SPD gegen getrennte Erstaufnahmestätten für Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive, gegen die Beschränkung des Familiennachzugs, gegen eine Bekämpfung falscher Anreizmechanismen, gegen Sachleistungen in Erstaufnahmestätten und zuletzt gegen Transitzone. Erst als CDU und CSU sich auf Transitzone einigten, bequemte sich die SPD, sich mit mehr als einem „Nein“ an der Lösungsfindung zu beteiligen. Wer nun aber mit einem konstruktiven Vorschlag gerechnet hatte, wurde enttäuscht: So genannte „Einreisezentren“ wollte sie der Presse und Öffentlichkeit als ihren bahnbrechenden Kompromissvorschlag unterbreiten. Stellt sich heraus: Die SPD bleibt sich treu und wirft weiter mit Nebelkerzen. Denn auf diesen Vorschlag hatten sich Bund und Länder schon längst geeinigt, schon längst sollten Flüchtlinge in den Erstaufnahmestätten registriert werden und bis zu einer Entscheidung auch dort verbleiben. Nur: viele Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen, wie Rheinland-Pfalz, wie Baden-Württemberg, wie Niedersachsen waren und sind damit überfordert. Nun also sollte der Bund es wieder richten.

### Trauerspiel der NRW-SPD

Immerhin – bei Forderungen an den Bund ist auf die SPD Verlass. Und so führt die NRW-SPD ihr besonderes Trauerspiel auf. Bei Frau Kraft und ihren Genossen ist es zu einer liebgewonnenen Tradition geworden, nach dem Bund zu rufen. Der Bund soll mehr zahlen, der Bund soll mehr leisten, der Bund soll mehr entscheiden. Was die SPD da tut, bewusst oder unbewusst, ist gefährlich – denn sie propagiert die schlechende Aushöhlung des Föderalismus.

Der Föderalismus hat sich für die Bundesrepublik Deutschland als Erfolgsmodell erwiesen. Er stellt sicher, dass die Interessen aller Bundesländer berücksichtigt werden, dass nicht nur aus Berlin gesteuert wird. Voraussetzung dafür ist aber auch, dass die Landesregierungen bereit und in der Lage sind, politisch zu gestalten und den demokratischen Auftrag, der ihnen von den Wählerinnen und Wählern übertragen wurde, zu erfüllen.

Bei Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen ist davon nicht viel zu sehen. Ob beim Straßenbau, bei der Digitalisierung, bei der Familien- oder Wirtschaftspolitik – immer rufen die Kraft'schen Mannen nach dem Bund. Dass die Landesregierung selbst Politik gestalten, planen und ihre Hausaufgaben erledigen müsste, scheint sie zu vergessen.

Und es ist eben diese Haltung, die sich nun auch bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise rächt. Mehr Geld bräuchte Nordrhein-Westfalen, um die Kommunen zu entlasten. Das gibt es vom Bund – weitergereicht wird es aber nur in Tei-



Foto: picture alliance/dpa

len. Mehr Mitarbeiter soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellen – die kommen. Dass die für eine Bearbeitung von Asylanträgen notwendige Registrierung aber Ländersache ist – und damit Aufgabe von Innenminister Jäger wäre – wird ignoriert.

Und so verwundert es nicht, dass auch zu den wichtigen Fragen, die nun anstehen, von Rot-Grün nichts kommt: Einstellung von Lehrern: Stille, Integration: Schweigen, Ausbau von Kita-Plätzen: Fehlanzeige. Dahingehende Anträge der CDU werden ignoriert. Dabei wäre es schon jetzt wichtig, sich den Folgefragen zu widmen. Mit der SPD ist das nicht zu machen. Wenn sie nicht nach dem Bund ruft, wirft sie Nebelkerzen oder arbeitet sich an der Rhetorik der CSU ab. Der selbsterzeugte Rauch scheint ihnen die Sicht zu nehmen. Mehr Lehrer, mehr Kindergärtner, mehr Sozialarbeiter, ein Integrationsgesetz: All' das wird in Bayern gerade auf den Weg gebracht. Wenn die SPD im Land schon unentwegt nach Bayern schaut – vielleicht sollte sie auch anfangen, von der Staatsregierung zu lernen. Denn eigentlich zeigt die gerade, wie wir das schaffen.

Die momentane Flüchtlingssituation stellt uns alle, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Bund, Länder und Kommunen vor eine der größten Herausforderungen, die wir bisher zu meistern hatten. Alle sind gefragt und gefordert. Es ist an der Zeit, dass auch die SPD sich dieser Verantwortung stellt.

von Isabelle Fischer



Foto im Hintergrund: Andrea Damm/pixelio.de, Foto in Lupe: Chaperon, Lupe: Shutterstock

# Löttgens Lupe

**Rechts|staat, der, Substantiv, m.,** bezeichnet einen Staat, der [gemäß seiner Verfassung] das von seiner **▷ Volksvertretung** gesetzte **▷ Recht** verwirklicht und sich der **▷ Kontrolle** unabhängiger **▷ Richter** unterwirft.

Der SPD-Linke Ralf Stegner bringt es in einer Talkshow auf den Punkt: „Juristerei ist mir völlig schnurz, wenn es um Menschen geht.“ Ein bemerkenswert fahrlässiger Satz eines Menschen, der als gewählter **▷ Volksvertreter** Recht setzt, seine Verwirklichung aber von persönlichen Befindlichkeiten abhängig macht.

Wie ein Bettlaken wird das **▷ Rechtsstaatsprinzip** dorthin gezogen, wo es dem Einzelnen, der es gerade braucht, nützlich ist. Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht! Die „Grüne Jugend“ wünscht sich am 25. Jahrestag der Deutschen Einheit öffentlich die „erneute Auflösung Deutschlands“. Bei einer Demonstration gegen das geplante TTIP-Abkommen in Berlin wird ein Schafott als Drohung gegen die Bundesregierung mitgeführt, zwei Tage später recken Pegida-Demonstranten in Dresden stolz einen Galgen in die Höhe, „reserviert für Gabriel und Merkel.“

Das alles scheint irgendwie zum normalen Tagesgeschäft zu gehören. Jede armselige Castingshow ruft mehr Reaktionen hervor. Zwei Tage in den Medien, ein kurzes Anschwellen des Blutdrucks und schon ist das Thema verschwunden. Aufregen? Wozu? Vielen ist es anscheinend nichts mehr wert, den Rechtsstaat als eine tragende Säule unserer wehrhaften Demokratie aktiv zu verteidigen. Liegt der letzte Weckruf mit dem Fall des **▷ Unrechtsstaates** „DDR“ wirklich schon zu lange zurück? Oder war es nur ein wohliges Schaudern, das uns im Westen kurzzeitig erfasste, als uns in der Nacht auf den 3. Oktober 1990 bewusst wurde, was es heißt, in einem Staat zu leben, in dem Gewaltenteilung de facto nicht existierte, in dem es keine Verwaltungsgerichte und kein Verfassungsgericht, dafür aber **▷ Hohenschönhausen** gab?

„Man muss auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen“, sagte Carlo Schmid in einer Rede vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948. Heute, 70 Jahre später, wird es höchste Zeit, der Erosion des Rechtsstaates politisch und gesellschaftlich den Kampf anzusagen! Ganz ohne Pathos bin ich stolz auf das, was Hoffmann von Fallersleben am 26. August 1841 auf der Insel Helgoland in das Lied der Deutschen schrieb: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das Deutsche Vaterland“. Setzen wir uns im 25. Jahr der Deutschen Einheit gemeinsam dafür ein, dem Rechtsstaat als Prinzip unserer Demokratie wieder mehr Wert zu verleihen. ■

## Mach mehr für NRW als nur ein Kreuz

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Vorname	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsdatum	Telefonnummer	E-Mail-Adresse
<small>Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§3 Abs. 9 BDSG z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand von Einladungen auf dem elektronischen Wege steht in diesem Fall dem Postwege gleich.</small>		<b>Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von:</b> <small>(zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)</small> <input type="text"/> €
<input type="checkbox"/> <b>Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial auch per E-Mail - genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.</b>		<input type="text"/>
		Ort, Unterschrift, Datum

Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu-nrw.de/mitgliedwerden](http://cdu-nrw.de/mitgliedwerden).

## Mach mehr für NRW als nur ein Kreuz

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Vorname	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsdatum	Telefonnummer	E-Mail-Adresse
<small>Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§3 Abs. 9 BDSG z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand von Einladungen auf dem elektronischen Wege steht in diesem Fall dem Postwege gleich.</small>		<b>Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von:</b> <small>(zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)</small> <input type="text"/> €
<input type="checkbox"/> <b>Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial auch per E-Mail - genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.</b>		<input type="text"/>
		Ort, Unterschrift, Datum

Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu-nrw.de/mitgliedwerden](http://cdu-nrw.de/mitgliedwerden).

## Mach mehr für NRW als nur ein Kreuz

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Vorname	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsdatum	Telefonnummer	E-Mail-Adresse
<small>Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§3 Abs. 9 BDSG z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand von Einladungen auf dem elektronischen Wege steht in diesem Fall dem Postwege gleich.</small>		<b>Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von:</b> <small>(zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)</small> <input type="text"/> €
<input type="checkbox"/> <b>Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial auch per E-Mail - genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.</b>		<input type="text"/>
		Ort, Unterschrift, Datum

Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu-nrw.de/mitgliedwerden](http://cdu-nrw.de/mitgliedwerden).

**CDU**

*Ich will für die Sicherheit in NRW  
mehr machen, als nur ein Kreuz.*



**CDU**

*Ich will für die Wirtschaft in NRW  
mehr machen, als nur ein Kreuz.*



**CDU**

*Ich will für die Bildung in NRW  
mehr machen, als nur ein Kreuz.*



# Ihr Kalender für 2016



CDU

www.cdu.nrw

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Fr Neujahr	1 Mo	1 Di	1 Fr	1 So Maifeiertag 55 WbW	1 Mi
2 Sa	2 Di	2 Mi	2 Sa	2 Mo	2 Do
3 So 72 WbW	3 Mi	3 Do	3 So 59 WbW	3 Di	3 Fr
4 Mo	4 Do Weiberfastnacht	4 Fr	4 Mo	4 Mi	4 Sa
5 Di Neujahrsempfang der CDA, Bielefeld	5 Fr	5 Sa	5 Di	5 Do Internationaler Karlspreis, Aachen Christi Himmelfahrt	5 So 50 WbW
6 Mi Hl. Drei Könige	6 Sa	6 So Kommunalwahl Hessen 63 WbW	6 Mi	6 Fr	6 Mo
7 Do	7 So 67 WbW	7 Mo	7 Do	7 Sa	7 Di
8 Fr	8 Mo Rosenmontag	8 Di	8 Fr	8 So Muttertag 54 WbW	8 Mi
9 Sa	9 Di	9 Mi	9 Sa	9 Mo	9 Do
10 So 71 WbW	10 Mi 15. Politischer Aschermittwoch, Kirchweisede Aschermittwoch	10 Do	10 So 58 WbW	10 Di	10 Fr Fußball-Europameisterschaft, Frankreich (bis 10. Juli) 38. Landesparteitag, Aachen
11 Mo	11 Do	11 Fr	11 Mo	11 Mi	11 Sa
12 Di	12 Fr	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So 49 WbW
13 Mi	13 Sa	13 So Landtagswahl in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt 62 WbW	13 Mi	13 Fr	13 Mo
14 Do	14 So 66 WbW	14 Mo	14 Do	14 Sa Finale Eurovision Song Contest, Stockholm	14 Di
15 Fr	15 Mo	15 Di	15 Fr	15 So Pfingstsonntag 53 WbW	15 Mi
16 Sa 10:30 Uhr: Neujahrsempfang der CDU, Düsseldorf	16 Di	16 Mi	16 Sa	16 Mo	16 Do
17 So 70 WbW	17 Mi	17 Do	17 So 57 WbW	17 Di	17 Fr
18 Mo	18 Do	18 Fr	18 Mo	18 Mi	18 Sa
19 Di	19 Fr	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So 48 WbW
20 Mi	20 Sa	20 So 61 WbW	20 Mi	20 Fr	20 Mo
21 Do	21 So 65 WbW	21 Mo	21 Do	21 Sa	21 Di
22 Fr	22 Mo	22 Di	22 Fr	22 So 52 WbW	22 Mi
23 Sa	23 Di	23 Mi	23 Sa	23 Mo	23 Do
24 So 69 WbW	24 Mi	24 Do	24 So 56 WbW	24 Di	24 Fr
25 Mo	25 Do	25 Fr Karfreitag	25 Mo	25 Mi 100. Katholikentag, Leipzig (bis 29. Mai)	25 Sa
26 Di	26 Fr	26 Sa	26 Di	26 Do Fronleichnam	26 So 47 WbW
27 Mi	27 Sa	27 So Ostersonntag 60 WbW	27 Mi	27 Fr	27 Mo
28 Do	28 So 64 WbW	28 Mo Ostermontag	28 Do	28 Sa	28 Di
29 Fr	29 Mo	29 Di	29 Fr	29 So 51 WbW	29 Mi
30 Sa		30 Mi	30 Sa CDA-Landesdelegiertenversammlung	30 Mo	30 Do
31 So 68 WbW		31 Do		31 Di	

- Plenarsitzungen Landtag Nordrhein-Westfalen
- Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- Plenarsitzungen Europäisches Parlament

WbW = Wochen bis zum Regierungswechsel / [www.wochen-bis-zum-wechsel.de](http://www.wochen-bis-zum-wechsel.de)

Feier- und Ferientage (grau hinterlegt):

<b>Neujahr</b>	<b>Osterferien</b>	<b>Ostermontag</b>	<b>Tag der Arbeit</b>	<b>Christi Himmelfahrt</b>	<b>Pfingstferien</b>	<b>Fronleichnam</b>
01. Januar 2016	21. März bis 02. April 2016	28. März 2016	01. Mai 2016	05. Mai 2016	16. Mai 2016	26. Mai 2015

# Ihr Kalender für 2016



CDU

www.cdu.nrw

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
1 Fr		1 Mo		1 Do		1 Sa		1 Di	Allerheiligen	1 Do	● ● ●
2 Sa		2 Di		2 Fr		2 So	33 WbW	2 Mi		2 Fr	● ●
3 So	46 WbW	3 Mi		3 Sa		3 Mo	Tag der Deutschen Einheit ●	3 Do		3 Sa	
4 Mo	● ● ●	4 Do		4 So	Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 37 WbW	4 Di	●	4 Fr		4 So	2. Advent 24 WbW
5 Di	● ● ●	5 Fr		5 Mo	●	5 Mi	● ● ●	5 Sa		5 Mo	29. CDU-Bundesparteitag (bis 7. Dezember)
6 Mi	● ● ● ●	6 Sa		6 Di	●	6 Do	● ● ●	6 So	28 WbW	6 Di	
7 Do	● ● ● ●	7 So	41 WbW	7 Mi	●	7 Fr	●	7 Mo	●	7 Mi	
8 Fr	CHIO, Aachen (bis 17.7.) ● ●	8 Mo	●	8 Do	●	8 Sa		8 Di	●	8 Do	
9 Sa		9 Di	●	9 Fr	●	9 So	32 WbW	9 Mi	● ●	9 Fr	
10 So	45 WbW	10 Mi		10 Sa	52. JU-NRW-Tag, Heinsberg (bis 11. September)	10 Mo		10 Do	● ●	10 So	
11 Mo		11 Do		11 So	Kommunalwahl Niedersachsen 36 WbW	11 Di		11 Fr	KPV-Bundesvertreterversammlung, Bielefeld (bis 12. November) ● ●	11 So	3. Advent 23 WbW
12 Di		12 Fr		12 Mo	●	12 Mi		12 Sa		12 Mo	● ●
13 Mi		13 Sa		12 Di	●	13 Do		13 So	27 WbW	13 Di	● ● ●
14 Do		14 So	40 WbW	14 Mi	● ● ●	14 Fr	JU-Deutschlandtag, Paderborn (bis 16. Oktober)	14 Mo		14 Mi	● ● ● ●
15 Fr		15 Mo		15 Do	● ● ●	15 Sa		15 Di		15 Do	● ● ● ●
16 Sa		16 Di		16 Fr	●	16 So	31 WbW	16 Mi		16 Fr	● ● ●
17 So	44 WbW	17 Mi		17 Sa		17 Mo	●	17 Do		17 Sa	
18 Mo		18 Do		18 So	Abgeordnetenhauswahl Berlin 35 WbW	18 Di	●	18 Fr		18 So	4. Advent 22 WbW
19 Di		19 Fr		19 Mo	●	19 Mi	●	19 Sa		19 Mo	
20 Mi		20 Sa		20 Di	●	20 Do	●	20 So	26 WbW	20 Di	
21 Do		21 So	39 WbW	21 Mi	●	21 Fr	●	21 Mo	● ● ●	21 Mi	
22 Fr		22 Mo		22 Do	●	22 Sa		22 Di	● ● ●	22 Do	
23 Sa	Libori-Fest, Paderborn (bis 31. Juli)	23 Di		23 Fr	●	23 So	30 WbW	23 Mi	● ● ●	23 Fr	
24 So	43 WbW	24 Mi		24 Sa		24 Mo	●	24 Do	● ● ●	24 Sa	Heiligabend
25 Mo		25 Do		25 So	34 WbW	25 Di	●	25 Fr	●	25 So	1. Weihnachtstag 21 WbW
26 Di		26 Fr	Nordrhein-Westfalen-Tag, Düsseldorf (bis 28. August)	26 Mo	●	26 Mi	●	26 Sa		26 Mo	2. Weihnachtstag
27 Mi		27 Sa		27 Di	●	27 Do	●	27 So	1. Advent 25 WbW	27 Di	
28 Do		28 So	38 WbW	28 Mi	●	28 Fr		28 Mo	●	28 Mi	
29 Fr		29 Mo	Landesdelegiertenversammlung Senioren-Union, Düsseldorf	29 Do	●	29 Sa		29 Di	●	29 Do	
30 Sa		30 Di		30 Fr	●	30 So	29 WbW	30 Mi	● ● ●	30 Fr	
31 So	42 WbW	31 Mi				31 Mo	Reformationstag			31 Sa	Silvester

- Plenarsitzungen Landtag Nordrhein-Westfalen
- Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- Plenarsitzungen Europäisches Parlament

WbW = Wochen bis zum Regierungswechsel / [www.wochen-bis-zum-wechsel.de](http://www.wochen-bis-zum-wechsel.de)

Feier- und Ferientage (grau hinterlegt):

**Sommerferien**

11. Juli bis 23. August 2016

**Tag der Deutschen Einheit**

03. Oktober 2016

**Herbstferien**

10. bis 21. Oktober 2016

**Allerheiligen**

01. November 2015

**Weihnachtsferien**

23. Dezember 2016 bis 06. Januar 2017